Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 106. Mittag-Ausgabe. Einundsechszigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Mittwoch, den 3. März 1880.

Deutschland.

0. C. Reichstags-Verhandlungen.

11. Sitzung vom 2. März.

11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Graf Stolberg, v. Kameke, v. Verdy u. A.

Der Präsident theilt dem Hause mit, daß die Beerdigung des Abg. Dr. Zimmermann Mittwoch, Nachmittag 3 Uhr, stattfinden wird und erklärt nachträglich in Bezug auf eine persönliche Bemerkung des Abg. von Treitschke in der gestrigen Sitzung, die ihm bei dem Organ des Redners unverständlich geblieben war, daß er den gegen den Abg. Richter gebrauchten Ausdruck „perfide“, wenn er ihn verstanden, für parlamentarisch unzuläßig erklärt hätte. (Wir haben diese persönliche Bemerkung nicht gebracht, weil wir bei der Ausdehnung des gestrigen Berichts auf ihre Mittheilung verzichten zu können glaubten, ohne das Interesse des betreffenden Herrn Abgeordneten zu verletzen.) Der Abg. v. Forckenbeck, dessen Betheiligung an der heutigen Debatte von mancher Seite erwartet wurde, ist durch Unwohlsein zu erscheinen verhindert.

Die erste Berathung des Gesetz-Entwurfs, betr. Ergänzungen und Aenderungen des Reichs-Militärgesetzes, wird fortgesetzt.

Abg. Graf v. Frankenberg (Deutsche Reichspartei): Die deutsche Reichspartei theilt vollkommen die Erwägungen, mit denen Graf v. Moltke gestern seine Rede begonnen hat. Wir bedauern sehr, daß dem deutschen Volke eine noch schwerere Rüstung auferlegt werden soll, als es schon heut zu tragen hat. Aber nach gewissenhafter Prüfung aller Gründe für und wider werden wir in unserer großen Mehrheit entschieden für diese Vorlage eintreten. Schon 1874 war das Haus bei Berathung des Septennats auf allen Seiten darin einig, daß die Kriegsstärke des deutschen Heeres nicht geschwächt werden dürfe. Man fragte sich nur, ob die Maßregel constitutionell richtig sei. Diese Frage liegt uns heute nicht mehr vor, sie ist damals im Princip durch das bejahende Votum der großen Majorität entschieden worden. Es fragt sich heute nur, wie wird das Deutsche Reich gegen die von allen Seiten drohenden Gefahren sicher gestellt? Was die Regierung in der heutigen politischen Lage sagen konnte, ist in den Motiven ausgesprochen, indem es als unmöglich bezeichnet wird, ohne ernste Gefahr die unter anderen Voraussetzungen festgestellten Grenzen unserer Wehrkraft inne zu halten. Zugleich weisen die Motive auf die Möglichkeit eines gleichzeitigen Krieges auf mehreren Fronten hin. Diese Motive erkenne ich in vollem Umfange an. Die Regierung hat nun auch mit ihren Vorschlägen für die Verstärkung des Deutschen Reiches das Richtige getroffen. Ich bitte die Vorlage einer Commission von 21 Mitgliedern zu überweisen; dorthin gehören die vom Abg. Richter angestellten Detailbetrachtungen über die Ersatzreserve und die einzelnen technischen Modalitäten des Gesetzes. Ich freue mich, daß der Kriegsminister gestern erklärt hat, er sähe eine unmittelbare Gefahr eines Krieges nicht voraus, und in der ganzen Gesetzesvorlage finde ich dies bestätigt; denn, wenn man einen Krieg vor der Thür sieht, kann man zu neuen ruhigen Organisationen, die Zeit brauchen, nicht übergehen.

Gleichwohl gestehe ich dem Kriegsminister, so viel Vertrauen ich in ihn setze, in seiner Uebersicht über die europäische Lage keine vollständige Prophetengabe zu, die er wohl auch für sich jedenfalls nicht beansprucht. Wer mit offenen Augen die Vorgänge der letzten Jahre verfolgt hat, der weiß, daß Kriege manchmal so unerwartet hereinbrechen, wie Ungewitter, und daß Niemand, auch nicht der Bestunterrichtete, in der Lage ist, eine Garantie für einige Zeit hinaus zu geben. Deshalb müssen wir die Zeit benutzen, wo es noch möglich ist, Organisationen zu treffen, die uns für den Fall der Noth gerüstet zeigen. Zu meinem lebhaften Bedauern erklärte gestern der Abg. Reichensperger, daß seine Partei nicht für die Vorlage stimmen könne; ich hoffe aber, daß wenigstens ein Theil des Centrums sich für dieselbe erklären wird. Sie haben im vorigen Jahre so viel Verständniß für die Bedürfnisse des Reichs und so viel Wohlwollen für dessen Stärkung gezeigt, daß ich wirklich gehofft hatte, Sie würden auf diesem, von den Conservativen auch in diesem Jahre betretenen Wege weiter gehen. Der Abg. Reichensperger vertheidigt seine ablehnende Haltung mit der Höhe der schon jetzt unerschwinglichen Lasten. Aber unsere Ausgaben für das Heer sind nur eine Assecuranzprämie, die wir in der Höhe der Güter zu zahlen haben, die wir zu vertheidigen haben. Wenn also die Gesellschaft, bei der ich mich versichert habe, mir nachweist, daß sie zu der bisherigen Prämie die Versicherung nicht mehr übernehmen könne, wenn meine Nachbarn Minen und Feuerzunder legen, die das versicherte Gebäude in Gefahr setzen, so muß ich die höhere Prämie zahlen, sonst komme ich, wenn ich abbrenne, aus dem Schaden nicht heraus. Wenn der Reichstag der Regierung das eclatante Mißtrauensvotum geben wollte, die Vorlage abzulehnen, so würde eine unmittelbare ungeheure Schädigung unseres Nationalvermögens die Folge sein. Sie würden dann eine Pleite an der Börse erleben, die wahrscheinlich in wenigen Tagen das aufzehren würde, was die ganze Armeeverwaltung uns auf viele Jahre hin kosten wird; Sie würden die Sicherheit und den Aufschwung in Gewerbe und Industrie, die sich jetzt überall in erfreulicher Weise geltend macht, über den Haufen werfen und die Unsicherheit der vorigen Zeit wieder vollständig hereinführen.

Mit Recht sagte der Abg. Reichensperger, der Staatsmann, der die Abrüstung in die Hand nehme, werde sich den Dank aller Völker erwerben, obwohl ich auch mit Herrn v. Treitschke meine, daß wir leider in diesem Jahrhundert nicht zur Abrüstung kommen werden; aber ich möchte den Abg. Reichensperger und seine Freunde doch in vollem Ernst und voller Ueberzeugung auf den einzigen Mann hinweisen, der in der civilisirten Welt diese Aufgabe mit Erfolg in die Hand nehmen könnte. Das ist Se. Heiligkeit der Papst. Seine erhabene Friedensaufgabe wäre es, sich an die Spitze derjenigen zu stellen, welche die Völker zum Frieden führen wollen; ich kann mir keine schönere und erhabenere Aufgabe für ihn denken. Ich glaube, wenn der Abg. Reichensperger seinen großen Einfluß nach dieser Richtung geltend machen könnte, so würde dies eine sehr dankbare Aufgabe sein. Ich bedaure, daß der Abg. Reichensperger nur mit Lächeln darauf antwortet; bei einigem Ernste wird er die Sache wohl anders auffassen. Durch einen Krieg den Frieden zu erzwingen suchen, heißt den Teufel mit dem Beelzebub austreiben wollen. Das Einvernehmen unserer Regierung mit Frankreich ist bekanntlich zur Zeit das beste. Das beim Berliner Congreß mit dem Leiter der französischen Politik hergestellte Einvernehmen hat angedauert und sehr gute Proben bestanden. Aber der damalige Leiter der französischen Politik ist gestürzt worden, und, wenn auch an seine Stelle ein Mann getreten ist, dem unsere Reichsregierung, so viel mir bekannt, dasselbe Vertrauen entgegenbringt, so muß sich der aufmerksame Beobachter der französischen Verhältnisse doch sagen, daß die Strömung immer gefährlicher wird und immer weiter nach links geht, so daß Niemand zu beurtheilen vermag, welchen Ueberraschungen wir dort noch gegenüberstehen. Wer hat, wie man sagt, schon heute dort die Fäden in den Händen, wer läßt die Schauspieler spielen und wird auftreten, wenn seine Zeit gekommen? Es ist der Dictator von 1871, der damals die Volksheere aus dem Boden stampfte und der Beendigung des Krieges die größten Schwierigkeiten bereitete. Ich habe nicht das Vertrauen, daß unter der Dictatur oder Präsidentschaft Gambettas der Frieden ebenso gesichert wäre, wie unter der jetzigen Regierung. Darum sehen wir uns bei Zeiten vor!

Noch heute gilt, was Fürst Bismarck 1870 sagte, nämlich, daß Deutschland von Frankreich nie etwas anderes begehrt hat, als Sicherheit im eigenen Lande, daß Frankreich aber jeden Frieden nur als Waffenstillstand betrachtet und uns, um Rache für seine Niederlagen zu nehmen, wiederum angreifen wird, sobald es sich durch eigene Kraft oder fremde Bündnisse stark genug dazu fühlt. Bei den Debatten über die Militärfrage herrscht im französischen Parlament eine ganz erstaunliche Einigkeit. Das Gesetz vom 13. März 1875, das dem französischen Volke eine bei weitem größere Militärlast auflegte, als die Regierung heute von Deutschland verlangt, wurde einstimmig angenommen. Darum möchte ich, daß auch bei uns ein mit imposanter Majorität gefaßter Beschluß zu Stande komme. Zur Erhaltung des Friedens mit Frankreich eine Verschacherung der Reichslande dem Reichstage im Ernste vorzuschlagen, das war nur der Abgeordnete Bebel, der Lobredner der Pariser Commune, im Stande. Aber solchen Reden danken wir es, daß die Franzosen immer wieder glauben, wir könnten einen solchen Vorschlag billigen, und daß der Verein de la Presse départementale in Paris sich nicht entblödet, das officielle Journal der Regierung in Straßburg zum Beitritt aufzufordern. Solche Zumuthungen werden hoffentlich immer die gehörige Zurückweisung finden. Nur mit Vorsicht und ungern gehe ich auf unser Verhältniß zu Rußland ein; ich bitte Sie, dem Abgeordneten Reichensperger in seiner Vertrauensseligkeit gegenüber den aus dem Osten drohenden Gefahren nicht zu weit zu folgen. Im Jahre 1874 konnte der Reichskanzler noch, als der Abg. Jörg in etwas zweideutiger Weise Mißtrauen gegen Rußland säen wollte, erwidern, über solchen Angriffen stehe unsere Freundschaft zu Rußland thurmhoch erhaben, solche kleine Pfeile reichen da nicht hinauf. Dieses geflügelt gewordene Wort würde heut wohl zurückzunehmen sein.

Meiner Auffassung nach haben wir wohl noch ein Dreikaiserbündniß, aber hinter dem gewaltigsten Herrscher der drei Kaiser ist sein Reich heute nicht mehr zu finden. Die Freundschaft der drei Monarchen besteht wohl unverändert, aber das Reich Rußland ist zu ganz entgegengesetzten Gefühlen gegen uns übergegangen. Der Kaiser Alexander ist von einer Schaar von Männern umgeben, welche aus ihrer Feindschaft gegen das Deutsche Reich eigentlich gar kein Hehl mehr machen. Wer die Geschichte des vergangenen Sommers mit einiger Aufmerksamkeit verfolgt hat, muß sagen, daß eine solche Fülle von Haß und Feindschaft in den leitenden Kreisen gegen uns aufgehäuft ist, daß es blos des Gelingens eines der zahlreichen Mordanschläge, die jetzt versucht und geplant worden sind, bedarf, und wir stehen einer unabsehbaren Gefahr gegenüber. Das ist meine vollste Ueberzeugung, die ich Ihnen nicht dringend genug an's Herz legen kann, und darum wiederhole ich es: wahren wir uns bei Zeiten, machen wir uns tüchtig, nach beiden Seiten hin Front zu machen! Ich weiß, wie gefährlich es ist, in dieses Thema einzugehen, weil man nur zu leicht für viele Kreise schädliche Beunruhigungen hervorruft. Aber es muß von dieser Tribüne aus gesagt werden, wir sind in Gefahr. Wie ist der durchaus friedliebende Kaiser Alexander in den Orientkrieg hineingekommen? Er ist völlig wider seinen Willen dazu getrieben worden. Wer kann also heute garantiren, daß es nicht wieder seiner Umgebung gelingt, ihn bis an den Rand des Abgrundes eines Krieges gegen Deutschland — denn solch ein Krieg wäre ein Abgrund für Rußland — zu führen?

Der Abg. Reichensperger meint, das deutsche Volk könnte bei dem herrschenden Elend diese Last nicht tragen. Keine Provinz hat so viel Elend erlitten, als meine Heimath, Oberschlesien. Aber fragen Sie die hart bedrängten Oberschlesier, ob sie auf die Gefahr hin, daß die Kosaken ihr Land überschwemmen, der Regierung die Vermehrung des Heeres verweigern möchten! Das Mißtrauen, mit dem man im übrigen Europa uns als Neuling unter den Staaten ansieht, ist, wie ich hoffe, in dem stammverwandten Oesterreich abgethan und begraben. Ich freue mich, daß das Centrum nicht mehr das Mißtrauen gegen die Friedfertigkeit der Politik der deutschen Regierung äußert. 1875 konnte Gortschakoff sich noch rühmen, daß er der einzige Friedensengel in Europa sei. Aber seitdem hat Deutschland so große Beweise seiner Friedfertigkeit gegeben, daß alle Anschuldigungen verstummen müssen. Wer hätte uns während der heillosen Orientwirren gehindert, etwaige Erweiterungspläne anszuführen. Deutschland hat allen Verlockungen widerstanden und damit den europäischen Krieg verhindert. Die großdeutsche Politik, für die das Centrum so enthusiasmirt ist hat im vorigen August ihren günstigsten Abschluß gefunden. Aufrichtige Freude und Zustimmung haben die Augusttage von Wien im ganzen deutschen Volke und auch beim Centrum gefunden. Wir wissen instinktiv, was dort gesagt worden ist, wenn es uns auch nicht im Wortlaut vorliegt. Aber zur Erfüllung des Vertrages muß die Kraft auf beiden Seiten da sein. Diese Basis hat Oesterreich vor einigen Wochen durch Festsetzung des Heeresetats auf 10 Jahre geschaffen. Die Antwort des deutschen Volkes muß die sein, daß wir eine ebenso kräftige und bewährte Hand dem österreichischen Bundesstaate entgegenreichen. (Beifall rechts.)

Abg. Schenk v. Stauffenberg: Meine Herren, es werden nur wenige Mitglieder in diesem Hause sein, welche nicht mit schwerem Ernst an diese Vorlage herantreten und sich ihr gegenüber nicht ihrer Verantwortlichkeit und zwar nach allen Seiten hin bewußt sind. Auch werden nur wenige von vornherein entschlossen sein, die Vorlage unter allen Umständen, es mag da kommen, wie es wolle, abzulehnen. Aber ganz sicher ist sie eine schwere, die zu den schweren Lasten, die wir tragen, noch schwerere hinzufügt. Sie kommt in einer sehr ernsten Zeit, Niemand läugnet den Ernst der gegenwärtigen Lage und ich erkenne sie ganz und voll an. Doch würden alle näheren Erörterungen über diesen Punkt sich nur mit bekannten Dingen beschäftigen und nur von untergeordnetem Werth sein, wenn uns nicht Eröffnungen des leitenden Staatsmannes gemacht werden. Aber die Vorlage ist auch von einschneidender Wichtigkeit, weil sie ein Richt- und Merkstein unserer künftigen constitutionellen Entwickelung sein wird. Ich stimme damit mit einem Theil der Redner von gestern vollständig überein, insbesondere gab Herr v. Bennigsen diesem Gedanken einen äußerst glücklichen Ausdruck: die Bewilligungen für unsere Armee werden nicht der Regierung gemacht, sondern sind im Interesse des ganzen Volkes geboten. Bis auf ganz vereinzelte Ausnahmen, die überall, auch in Frankreich vorkommen, hat der Reichstag die Armee von jeher nicht als ein Machtmittel der Regierung, sondern als ein Machtmittel des Staates, als ein Macht- und Schutzmittel des ganzen Volkes betrachtet und noch niemals ist von irgend einer erheblichen Majorität in diesem Hause an der eigentlichen Machtstellung des Reiches und an ihrer Grundlage, dem deutschen Heere, zu rütteln versucht worden. (Sehr wahr!)

Ich betone das mit Rücksicht auf die gestrigen Aeußerungen, daß das Ausland diese Debatten mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt. Mag unter uns in einzelnen Punkten eine Meinungsverschiedenheit bestehen: über die Hauptsache selbst kann keine bestehen, und das Ausland soll wissen, daß das ganze Haus die Aufrechterhaltung dieses uns unter allen Umständen nothwendigen Mittels ganz sicher im Auge behalten und anstreben wird. Aber wir sind bei Prüfung dieser Vorlage nicht darauf angewiesen, ihre Acceptation von vornherein und bedingungslos schon jetzt zu erklären. Das geht sogar über das hinaus, was unser hochverehrter Kriegsminister gestern erklärte, daß das Bewußtsein der Verantwortlichkeit für den Reichstag eine gründliche und sachliche Prüfung der Vorlage keineswegs ausschließt, sondern vielmehr verlangt. In diesem Stadium der Debatte kann man freilich diese Prüfung im Einzelnen nicht beginnen, der Kriegsminister selbst hat die Motive der Vorlage als nicht erschöpfend, als nur mehr oder weniger in Andeutungen sich bewegend anerkannt, die gestrige Debatte hat wenig mehr zu Tage gefördert und die Berathung des Detail wird vorbehalten bleiben müssen. Kurz berühren will ich nur folgende Punkte. Nicht nur das deutsche Reich, sondern alle Culturstaaten Europas tragen an ihrer Militärrüstung jetzt eine Last, welche nach allgemeinem Verständniß die Grenze des Tragbaren erreicht hat. Die unsrige soll nicht in sehr hohem, aber doch fühlbarem Maße noch vermehrt werden. Dieser Gesichtspunkt darf bei aller Rücksicht auf die Wehrhaftigkeit des Landes bei der Detailberathung in keiner Weise außer Augen gelassen und zunächst muß in der Commission untersucht werden, wie diese Mittel für die Mehrbelastung, wenn sie bewilligt wird, getragen werden sollen, ob es nicht möglich ist innerhalb der Mittel und innerhalb der Bewilligung der Kriegsverwaltung wenigstens einen Theil der Mehrbelastung auszugleichen. Diese Frage muß mit Ernst und Energie in Angriff genommen werden, sie kann aber — und ich betone das ausdrücklich — nur mit der Kriegsverwaltung und Hand in Hand mit ihr gelöst werden; eine Lösung gegen die Kriegsverwaltung würde ich im gegenwärtigen Augenblicke wirklich nicht wünschen, aber ich glaube, daß das beiderseitige Interesse uns dahin führen wird, nach irgend einer Richtung einen Ausgleich zu finden. Vielleicht eignet sich mehr für die allgemeine Debatte der zweite Punkt.

Herr v. Bennigsen sprach gestern von einem Conflict zwischen Recht und Pflicht bei diesem Gesetz und führte aus, daß wir unser Recht gegen die Pflicht, wenn sie so gebieterisch spricht wie im gegenwärtigen Augenblick, zurückzustellen hätten. Ich frage: Ist dieser Conflict zwischen Recht und Pflicht auch wirklich vorhanden? Stehen sich Recht und Pflicht in dieser Frage so unvereinbar gegenüber? Ist es nicht wie bei allen anderen Fragen, welche uns das Gangwerk des constitutionellen Apparats vorlegt, absolut nothwendig, den Ausgleich zu suchen und zu finden? Es ist von unserem Recht gesprochen worden. Dieses Recht ist nicht allein unser Recht; es ist auch das Recht unserer Mandanten, das Recht des ganzen Volkes. (Sehr wahr!) Wenn es scheinen möchte, als wäre jetzt in weiten Volkskreisen das Bewußtsein für dieses Recht geschwunden, so soll man uns wenigstens nicht nachsagen, daß wir nicht, wenn auch als die Letzten, es aufrecht erhalten. Wenn wir diese Fahne senken, so wird gewiß Niemand mehr sein, der sie aufrecht erhält; sie wird von Parteien aufgenommen werden, deren Herrschaft wir Alle im Interesse des Reiches nicht wünschen. (Sehr wahr!) Aber diese Vorlage muthet uns nicht nur zu auf unser Recht zu verzichten, sondern auch auf unser Recht wenigstens für einen oder zwei künftige Reichstage und künftige Wählerschaften zu verzichten. Als wir vor sechs Jahren den Präsenzstand auf 7 Jahre festzustellen beschlossen, war die Sachlage eine wesentlich andere. Damals handelte es sich um eine ganz junge Organisation, wenigstens für einen sehr großen Theil unseres Vaterlandes, es handelte sich darum, den nothwendigen Spielraum für ihre erste Einrichtung und Entwickelung zu gewähren, zum ersten Mal die gesammten deutschen Wehrkräfte in einem Gesetz, in einer organisatorischen Einrichtung zusammenzufassen, zum ersten Mal wenigstens für einen großen Theil unseres Vaterlandes die Rechte und Pflichten des einzelnen Militärpflichtigen gesetzmäßig ganz genau und zweifellos festzustellen.

Damals hatten wir das Recht, auf diesen Ausweg einzugehen, aber die Bewilligung eines zweiten Septennats würde einen wesentlich anderen Charakter haben, als die des ersten. Sie würde zwar niemals den einer ständigen Rechtsinstitution gewinnen, aber die Gewohnheit dieser Ordnung der Dinge noch weiter befestigen, gegen die sich am Schluß des zweiten Septennats noch schwerer ankämpfen ließe, als am Schluß des ersten. Bei Feststellung des ersten wollte man doch nicht nach Ablauf desselben, wenn nicht von Rechts wegen, so doch selbstverständlich ein zweites an seine Stelle setzen, ja das erste wäre vielleicht gar nicht zu Stande gekommen, wenn das als die Meinung der Majorität erkennbar hervorgetreten wäre; vielmehr wurden von der rechten wie von der linken Seite ganz verschiedene Erwartungen an das Aufhören des Septennats geknüpft. Nun frage ich aber weiter: ist der gegenwärtige Augenblick günstig, um unsere Militär-Einrichtungen auf eine so außerordentlich lange Zeit — denn eine lange Zeit ist es in unser schnelllebenden Zeit — festzustellen? Graf Moltke hält den gegenwärtigen Zeitpunkt für den allerungünstigsten, um gewisse militärische Reformen, die er allerdings auch principiell bekämpft hat, anzubahnen oder einzuführen. Ich will ihm das in gewissem Sinne vollständig zugeben; aber ich frage: wenn dieser Zeitpunkt zugestandenermaßen als der ungünstigste für eine ziemlich allgemein verlangte Reform erachtet wird, ist er denn geeignet, diese Reform auf eine so lange Reihe von Jahren vollständig unmöglich zu machen? (Sehr wahr! links.) In allen constitutionellen Staaten ist die Ziffer, um die es sich im § 1 des vorgelegten Gesetzes handelt, eine weitaus beweglichere im constitutionellen Sinne, als sie es bei uns bis jetzt gewesen ist. In keinem einzigen Staate hat die Bewilligung der Ziffer in den letzten Zeiten zu irgend einem Anstande, einer Krisis, ja auch nur zu einer besonderen Aufregung geführt; haben wir es da nothwendig, uns gegen künftige Gesinnungen der Wählerschaft, des Volkes, und gegen künftige Reichstage sicher zu stellen? (Sehr gut! links.) Sind wir dazu berechtigt? Das deutsche Volk hat seine Gesinnung gegenüber seiner Armee seit einer langen Reihe von Jahren vollständig bewiesen. Man beruft sich, und zwar mit vollem Recht, auf diese Gesinnung, um ein gewisses Vorgehen mit der Gesinnung der Wähler zu decken. Welch ein Widerspruch, diese Gesinnung als vorhanden anzunehmen und so umfassende Vorsichtsmaßregeln gegen ihr Aufhören zu treffen! (Sehr gut! links.)

Es ist von der ungünstigen Lage der Parteiverhältnisse in diesem hohen Hause gesprochen worden; ich darf darauf bei dieser Berathung nicht näher eingehen. Nur soviel will ich sagen: für die liberale Partei sind die Parteiverhältnisse ganz gewiß wesentlich ungünstig; daß sie aber für die Regierung ungünstiger geworden sind, dem widerspricht doch die Erfahrung der letzten Jahre, und die Erfahrung der Zukunft wird es vielleicht auch nicht beweisen. Steht nicht bei uns durch § 2 des Militärgesetzes das ganze Gefüge, das ganze Gerüst der Armee so fest, wie in gleichem Maße kaum in einem anderen Staate? Die ganze Gestaltung, das Knochengerüst der Armee haben wir für immer in dem Militärgesetz festgestellt. Mit Unrecht hat man auf den Streit im österreichischen Reichstage im vorigen Jahre exemplificirt. Dort handelte es sich nicht um die Fragen, um die es sich jetzt bei uns handelt, sondern um die Kriegsstärke, um die Frage jener bei uns für immer festgestellten Formationen, welche in Oesterreich nach langen und hartnäckigen Kämpfen im Sinne der Regierung auf zehn Jahre festgestellt sind. Das ist der wesentliche Unterschied zwischen uns und Oesterreich. Bei uns hat sich diese Feststellung des Militäretats auf längere Zeit, diese nicht mehr regelmäßige, sondern ruckweise Bewilligung mit großen Schwierigkeiten vollzogen, sie nahm den Charakter einer Staatsaction an, führte zu einer Krisis im Hause und zog die peinliche Aufmerksamkeit des Auslandes auf sich. Das ist die Folge der langen Zeitperiode und des Provisoriums, in welches wir diese ganze Sache verlegen. (Sehr richtig!) Nicht allein im Interesse der Rechte dieses Hauses und seiner Auftraggeber, sondern auch in dem der Militärverwaltung und einer ruhigen Entwickelung müßten die Bewilligungen für die Armee ebenso behandelt werden wie alle anderen Staatsausgaben. Im Moment ist das Richtige nicht das Erreichbare, ein starker Widerspruch, wie ich annehme aus Mißverständniß, verhindert das. Aber ich frage: wäre es denn ein maßloses Verlangen, wenn man wenigstens — ich nenne jetzt das Wenigste — verlangte, daß das Budgetrecht des nächsten Reichstages gewahrt würde? Ich persönlich würde es für einen ungeheuren Gewinn halten, wenn die Feststellung dieses Zustandes in verfassungsmäßiger Weise in irgend einer Form erreicht würde. Durch diese wenigen Worte wollte ich dem Standpunkt einer, wenn auch kleinen Anzahl politischer Freunde hier Ausdruck geben, die sich gewiß nicht mit leichtem Herzen entschlossen haben, einen eigenen Weg zu gehen und überzeugt sind, daß, um der ganzen Entwickelung unserer Zukunft willen, der Ausgleich zwischen Recht und Pflicht hier absolut nothwendig ist. Wir werden uns von Niemand nachsagen lassen unsere patriotische Pflicht gegen Reich und Volk nicht erfüllt zu haben, wir wollen aber auch sein Recht nicht aufgeben. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. v. Maltzahn-Gültz: Mit Freuden constatire ich ein doppeltes Ergebniß der bisherigen Verhandlungen: es ist im Reichstage — wie ich es allerdings im Voraus erwartet habe — keine Stimme laut geworden, die nicht ausdrücklich betont hätte, daß Alles, was für die Ehre und Unabhängigkeit der Stellung des Vaterlandes nothwendig sei, vom deutschen Reichstage bewilligt werden würde. Ich habe mich gefreut über die Wärme des Tones, in welchem die Abgg. v. Bennigsen und v. Treitschke dies gethan haben; ich habe mich gefreut, daß auch die Gegner des Gesetzes sich in demselben Sinne ausgesprochen haben, die Abgg. Richter und Reichensperger haben ihrerseits nur die Nothwendigkeit und Dringlichkeit bestritten. Das zweite Ergebniß der Verhandlungen ist, daß wir mit Sicherheit annehmen können, daß die Vorlage voraussichtlich in allen ihren wesentlichen Bestimmungen mit einer nicht unbedeutenden Majorität vom Hause angenommen werden wird. Ich erkenne daraus, daß die Majorität des Hauses sich überzeugt hat, daß die Forderungen der Regierung nicht leichtfertig gestellt, sondern nothwendig sind. Denn die Nothwendigkeit der Mehrbelastung ist der einzige Grund, den die Freunde der Vorlage anführen können. Die Stellung der Gegner ist eine viel günstigere, sie können die Nothwendigkeit bestreiten, können Verbesserungsvorschläge machen, was ja der Abgeordnete Richter in zweistündiger Rede gestern reichlich gethan hat. Wir, die wir für die Vorlage eintreten, können nicht viel mehr bringen, als Variationen über das Thema: die Mehrbelastung ist nothwendig. Aus reinem Vergnügen giebt sich in Deutschland kein Mensch dazu her, mehr Steuern zu bezahlen, aus reinem Vergnügen vermehrt Deutschland seine Armee nicht. Wenn freilich im Laufe des verflossenen Jahres eine Aeußerung aus dem Munde eines hochgestellten englischen Staatsmannes die Welt glauben machen wollte, die deutschen Fürsten widerstrebten dem wirthschaftlichen Fortschritte nur, weil sie dann zu wenig Soldaten hätten, so

trug diese Aeußerung den Stempel der Lächerlichkeit so sehr an der Stirn, daß eine Widerlegung nicht nothwendig ist.

Die Last, welche die Vorlage auferlegt, wird auch von mir und meinen Freunden nicht unterschätzt. Die Bedenken wegen der finanziellen Opfer haben heute nicht mehr das Gewicht, welches sie vor zwei Jahren gehabt haben würden. Ich gerade hebe dies hervor, weil den Herren erinnerlich sein wird, daß ich auf Seiten der Freihändler gestanden, aber ebenso entschieden den Standpunkt vertreten habe, daß wir das Land zur Uebernahme größerer Lasten vorbereiten, aber das Tragen derselben durch Erleichterung der jetzt bestehenden möglich machen müssen. Die Bewilligungen sind nicht in dem Maße erfolgt, wie wir es gewünscht haben, aber es figuriren in unserem Budget bereits eine erhebliche Anzahl von Millionen, die durch eine Anspannung der indirecten Steuern herbeigeschafft worden sind und die dem Lande die Last, welche die Vorlage bringt, tragen helfen. Der Abg. Reichensperger hat darauf hingewiesen, daß in Rußland die Bataillonsstärke nur auf dem Papiere stehe, aber die Volkszahl, welche dahinter steht, ist in Rußland viel größer, als in Deutschland. Der Abg. Richter hat nachzuweisen gesucht, daß die Präsenzzahl in Frankreich der in Deutschland gleichstehe. Wenn dies auch der Fall ist, so muß doch ein Blick auf die Karte überzeugen, daß eine gleich hohe Präsenzziffer in Frankreich etwas anderes bedeutet, als in Deutschland, denn Frankreich hat nur eine Grenze, die gegen Deutschland, zu vertheidigen. Der Forderung der Verlängerung der Dienstzeit der Landwehr werden wir zustimmen. Was die Schaffung einer neuen Klasse der Ersatzreserve betrifft, so kann ich erklären, wenn wir auch im Allgemeinen dieser Maßregel zustimmen, so haben wir doch gewisse Bedenken dagegen, die jedoch bei der Besprechung in der Commission ihre Lösung finden werden. Die Gegner des Gesetzes haben wiederholt darauf hingewiesen, daß man der Mehrbelastung gegenüber Erleichterungen eintreten lassen müsse.

Ob diese in der Abschaffung der Specialwaffen, der Kürassiere zu suchen ist, wie der Abg. Richter vorgeschlagen, will ich nicht erörtern. Wenn wir zur zweijährigen Dienstzeit kommen könnten, so würde die finanzielle Ersparniß eine große sein, unsere wirthschaftlichen Interessen würden viel dadurch gewinnen, aber ich kann mich nur nicht davon überzeugen, daß die Einführung der zweijährigen Dienstzeit möglich ist. Der Abg. Richter hat sich gestern auch auf militärische Autoritäten berufen; wenn er beiläufig bemerkt hat, daß der betreffende Generalstabsoffizier, der sich für die zweijährige Dienstzeit ausgesprochen hat, bald nicht mehr im Generalstab gewesen sei, so muß ich doch erwähnen, daß er vor nicht allzu langer Zeit als Führer einer Generalstabsreise in meinem Hause einquartiert war. (Hört!) Diesen einzelnen Militärs steht aber die große Mehrzahl aller anderen militärischen Autoritäten gegenüber, welche nach den Verhältnissen Deutschlands eine zweijährige Dienstzeit nicht für möglich halten. Durch die neuen Feuerwaffen, die veränderte Taktik, die Vermehrung der Communication und den schnelleren Aufmarsch haben sich die Anforderungen an den einzelnen Mann immens gesteigert. Die constitutionellen Bedenken, daß man dem späteren Reichstage seine Entschließungen wahren müsse, scheinen mir unbegründet. Wenn der Abg. v. Stauffenberg es im Interesse der Militärverwaltung für richtig gehalten hat, die Friedenspräsenz nicht ruckweise zu ordnen, sondern eine jährliche Prüfung der Frage wünscht, dann weiß ich nicht, warum er sich vor 7 Jahren dem widersetzt hat, daß gesetzlich fixirt werden solle, die damalige Präsenz soll bestehen, bis sie gesetzlich geändert werde; dann konnten wir diese Frage alljährlich erwägen. Der Frage, ob wir alle 7 oder 9 oder 5 Jahre die Frage discutiren sollen, lege ich kein großes Gewicht bei. Ich beantrage, die Vorlage an eine Commission von 21 Mitgliedern zu verweisen. Ich kann nur mit dem Wunsche schließen, daß ein möglichst einstimmiger Beschluß dieser Commission herbeigeführt werden könne und daß der Reichstag in zweiter und dritter Lesung gegen möglichst wenige Stimmen bewilligen möge, was im Interesse des Landes nothwendig ist. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Windthorst**: Meine politischen Freunde und ich sind damit einverstanden, daß die Vorlage an eine Commission von 21 Mitgliedern verwiesen wird. Mit Rücksicht darauf, daß erst die Commissionsprüfung ein abschließendes Urtheil ermöglicht, hätte ich im gegenwärtigen Augenblicke am liebsten geschwiegen und erst das Resultat der Prüfung abgewartet, an welcher wir uns in vollster Loyalität betheiligen werden. Es kamen aber in der bisherigen Debatte verschiedene Gesichtspunkte zum Vorschein, welche mich zu einigen Gegenäußerungen zwingen. Daß wir der Bedrohung durch das Ausland gegenüber unser Vaterland schützen wollen, scheint mir so wenig einer Versicherung zu bedürfen, daß mir eine solche Versicherung eher wie ein Zweifel vorkommt, der absolut nicht bestehen darf. Ein durch auswärtige Feinde in seiner Integrität bedrohtes Deutschland wird uns alle einig finden. Dadurch aber ist nach meiner Ansicht die Nothwendigkeit, die Regierungsvorlagen in Bezug auf die Heeresorganisation zu prüfen, durchaus nicht ausgeschlossen, und wenn meine Partei sich im Moment mehr ablehnend verhält, so darf Niemand daraus den Schluß ziehen, daß wir weniger bereit wären, für das Vaterland einzutreten als Andere. Gegen jede derartige Verdächtigungen muß ich entschieden Front machen. Ich glaube, wir stehen zunächst vor der Frage, ob die von uns verlangte Vermehrung des Heeres nothwendig ist. Ist sie nothwendig, muß sie bewilligt werden. Diese Nothwendigkeit ist mir aber bis jetzt nicht nachgewiesen. Alle die in der Debatte bisher gehörten Aeußerungen sind nur mit vielen Variationen durchzogene Wiederholungen früherer Reden, die aus Anlaß der Fixirung oder Erhöhung des Militäretats hier gehalten wurden. Worauf der in allgemeinen Redewendungen geltend gemachte Ernst der gegenwärtigen Situation zurückzuführen ist, weiß ich meinestheils absolut nicht. Officiell liegt uns nichts vor als die Thronrede, nach welcher wir mit allen Nationen in Frieden leben, und das hat uns der Herr Kriegsminister gestern noch officiell bestätigt.

Weitere officielle Mittheilungen über unsere auswärtigen Angelegenheiten besitzen wir nicht, und doch sind nur solche geeignet, auf unser Votum in der vorliegenden Frage einzuwirken. So lange also keine gegentheiligen officiellen Aeußerungen vorliegen, bleibe ich bei dem stehen, was die Thronrede sagt, und darnach befinden wir uns im Moment durchaus in keiner ernsteren Lage, als wir uns seit 1866 permanent befunden haben. Bei Regelung unserer Militärverhältnisse im Jahre 1874 wurde ausdrücklich anerkannt, daß wir nunmehr der Situation vollständig gewachsen sind. Darum scheint keine Nothwendigkeit vorzuliegen, das Heer jetzt schon wieder zu vermehren. Man weist auf die verstärkten Heere der anderen Nationen hin, auf Frankreich und Rußland, und zwar merkwürdiger Weise nur auf diese beiden, obschon auch andere eine Vermehrung ihrer Heere bewirkt haben. Einer europäischen Coalition gegenüber müßten wir allerdings noch ganz andere Anstrengungen als gegenwärtig machen, abgesehen davon, daß die Macht Frankreichs und Rußlands — und vielleicht die des einzelnen Landes — schon größer ist, als die unsrige. Dieses Argument beweist zu viel und deshalb nach meiner Ansicht gar nichts. Kein Staat der Welt ist im Stande, eine Armee zu halten, welche genügt, um einer europäischen Coalition gegenüber Stand zu halten. Unter solchen Verhältnissen bleibt also nichts übrig, als daß der Staat seine Politik so einrichtet, daß es zu einer derartigen Coalition überhaupt nicht kommt, oder daß er Allianzen gegen eine Coalition anderer Mächte hat. Und mit Rücksicht darauf wäre es sehr wünschenswerth, wenn wir etwas mehr Licht in Sachen unseres Bündnisses mit Oesterreich-Ungarn hätten. Da uns dieses fehlt, ist es kaum möglich, mit Erfolg aus demselben zu argumentiren. Indeß nehme ich an, daß die Natur der Verhältnisse nur zu diesem Bündniß zurückgeführt hat. Ich begrüße es im höchsten Maße und bin dem Staatsmann, der es herbeigeführt hat, sehr dankbar. Es ist das nichts anderes, als die Rückkehr zu dem, was man niemals hätte verlassen sollen. (Sehr richtig! im Centrum.)

Ich habe die Ueberzeugung, daß der Friede der Welt und die Ruhe in Europa nur gesichert sein kann und wird, wenn ein festes Verhältniß zwischen Deutschland und Oesterreich besteht, und an dem Tag, an dem es gelingen sollte, ein organisch staatsrechtliches Verhältniß zwischen uns und Oesterreich herzustellen, würden wir unsere Bataillone abrüsten können. In fester Verbindung mit Oesterreich sind wir bei dem Stande der gegenwärtigen Armeen der ganzen Welt gewachsen. Wenn die Hoffnung sich geltend gemacht hat, eine Aenderung des jetzigen Armeestandes anstreben zu können, so will ich für meine Person bei der gegenwärtigen Constellation davon absehen. Aber um so mehr Bedenken habe ich gegen eine Vermehrung. Herr von Bennigsen hat gestern meinen Freunden und mir seinen Dank dafür ausgesprochen, daß wir die Mittel zur Bestreitung dieses Etats so bereitwillig bewilligt haben und der Vorredner hat Aehnliches in anderer Form gesagt. Ich muß diesen Dank, der einen Beigeschmack von Hohn hat — ausdrücklich zurückweisen. Mein verehrter Landsmann wird sich erinnern, daß er mit der Mehrzahl seiner Freunde ganz bereit war, für Schutz- und Finanzzölle zu stimmen (Widerspruch). Nur der Antrag meines Collegen v. Franckenstein hat ihn davon abgehalten. Ich glaube, ein Mann, der eine solche Stellung zur Steuerreform eingenommen, hat kein Recht, in diesem Tone zu sprechen. Ich habe ferner damals Namens meiner Freunde ausdrücklich erklärt, daß wir diese Bewilligungen nicht zu Zwecken des Militäretats machen und dagegen ist weder aus dem Hause, noch seitens der Regierung Widerspruch erfolgt. Wenn damals — was ich nicht annehmen will — schon irgend ein Gedanke an die uns jetzt gemachte Vorlage vorhanden war, so müßte ich ein derartiges Vorgehen — um nur diesen Ausdruck zu gebrauchen — unbegreiflich finden. Ich nehme an, was damals geschehen, ist optima fide geschehen, und kann nur sagen, daß ich derartige Aeußerungen von Herrn v. Bennigsen nicht erwartet hätte. Begreiflich finde ich allerdings, daß er zu solchen Argumenten greifen mußte, weil er andere nicht vorbringen konnte.

Die Bennigsen'sche Rede, alles rhetorischen Beiwerks und aller nicht zur Sache gehörigen Excursionen entkleidet, ist weiter nichts als die Anerkennung des Satzes vom „beschränkten Unterthanenverstand". Weshalb ist denn dann der Reichstag noch da? Mag uns die Fähigkeit des selbstständigen Urtheils oder die des Charakters fehlen, in beiden Fällen bleiben wir besser zu Hause. Bis auf Weiteres muß ich annehmen, daß der Reichstag nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht hat, sich in diesen Dingen selbst eine Ueberzeugung zu bilden und ihr Geltung zu verschaffen gegen Jedermann. Ich gestehe, daß es mir sehr schwer wird, mich ablehnend gegen diese Vorlage zu verhalten und daß viele Gründe mich dringend wünschen ließen, ja zu sagen. Besonders wünschenswerth erschiene es mir auch deshalb, um auch in dieser Frage mit den Herren von der conservativen Partei zusammenzugehen. Indessen bin ich der Meinung, daß die Herren von der conservativen Partei nur ihrer Ueberzeugung folgen, wenn sie ja sagen, wie auch wir, wenn wir nein sagen sollten, nur in pflichtmäßiger Ueberzeugung handeln werden. Herr v. Bennigsen hat auch von der Fatalität der Parteiverhältnisse gesprochen. Dieser Rede Sinn war dunkel, die Parteien des Reichstags sind sämmtlich in ihrem alten Bestande und Zusammenhang da, nur die nationalliberale Partei giebt viele Räthsel auf. Heute hat uns Herr v. Stauffenberg erklärt, daß er mit mehreren Freunden eigene Wege wandle. Das scheinen nicht die Wege des Herrn v. Bennigsen zu sein. (Heiterkeit.) Wie diese Wege beschaffen sind, wird die Zukunft lehren. Aber das muß ich doch sagen, daß die großen Schwierigkeiten der parlamentarischen Verhältnisse wesentlich darin beruhen, daß die Herren Nationalliberalen so wenig calculabel sind. (Große Heiterkeit.) Ich brauche nicht zu versichern, daß mir diese Ausführungen wenig Freude machen; denn die ganze Sachlage ist zu solch wenig praktischer Polemik nicht geeignet. (Sehr richtig! rechts.)

Herr von Treitschke hat sich im Gegensatz zum Herrn Kriegsminister in einem feierlichen Appell an den Patriotismus, speciell die Nationalliberalen, ergangen; sachliche Gründe hat er nicht vorgebracht. Ob es sehr angezeigt war, heute, wo die Wunden von 1866 noch nicht vernarbt sind, auf diese Zeit hinzuweisen, bezweifle ich. Gegen die Anschauung aber erhebe ich Protest, daß erst jetzt eine deutsche Nation entstanden sei. Auch vor 1866 hat Deutschland und die deutsche Nation existirt, an Siegen und Ehren reich. Ich möchte den verehrten Herrn fragen, ob er vielleicht die Freiheitskriege für keine Manifestation der deutschen Nation anerkennt, ob er, vor den Standbildern Gneisenau's und Blücher's stehend, behaupten mag, es habe damals keine deutsche Nation gegeben. Es berührt mich wunderlich, wenn ich dergleichen höre, und was den vielgeschmähten Bundestag betrifft, so will ich abwarten, ob wir nach 50 Jahren noch eben so viel Wohlstand, Frieden und Freiheit haben werden, wie damals. Graf Moltke hat auf die Zeit hingewiesen, die nun hoffentlich vorüber sei, da Schweden, Franzosen und andere Ausländer auf deutschem Boden wirthschafteten und Städte und Dörfer in Ruinen verwandelten. Aber wenn jene Ruinen entstanden sind, so war nicht Mangel an Kriegsvolk daran schuld. Die Ursache liegt auf einem ganz anderen Gebiete, das ich heute nicht berühren will, weil es noch nicht so sehr der Geschichte angehört, daß nicht noch heute ihre Schatten in die Gegenwart fallen. Wenn es gelten soll, gegen einen auswärtigen Feind vorzugehen, wollen wir dem Herrn von Moltke Millel zu ferneren Siegen gern bewilligen. Auf Einzelheiten gehe ich nur im Anschluß an eine Aeußerung des Herrn von Maltzahn-Gültz ein. Er proponirt Herrn von Stauffenberg die Annahme einer festen Friedenspräsenz und meint, es wäre dann in jedem Jahre Raum für Erwägungen frei gewesen. Für Erwägungen allerdings, aber für sonst nichts; sagt die Regierung nein, so bleibt Alles beim Alten. Erwägungen sind uns auch jetzt freigestellt, nur bleiben sie Monologe. Die Vorschläge und Andeutungen des Herrn von Stauffenberg verdienen jedenfalls aufmerksamste Erwägung in der Commission. Die Wehrkraft eines Landes hängt nicht allein von seiner Armee, sondern hauptsächlich von seinem Wohlstand ab. Wir erschöpfen leider unsern Wohlstand für Kriegszwecke im Frieden.

Die Wehrkraft wird aber auch dadurch erhöht, daß Jeder in der Nation für die heiligsten Interessen, die er hat, Schutz und Anerkennung findet. Das ist leider in Deutschland nicht der Fall. Die kirchenpolitischen Kämpfe in Deutschland, und besonders in Preußen, ziehen eine tiefe Kluft; aber anstatt dieselbe möglichst rasch zu schließen, verläßt man sich nur auf die Gewalt der Waffen. Was die Abrüstungsfrage betrifft, so wurde dieselbe von Graf Frankenberg und Herrn von Treitschke nicht mit dem nöthigen Ernst behandelt. Eine allgemeine Abrüstung ist ja sehr schwer zu erreichen, das mächtige Deutsche Reich aber wäre wohl im Stande, auf eine Verminderung der stehenden Heere hinzuwirken. Graf Frankenberg verweist uns in dieser Beziehung auf den Papst. Es sollte ihm aber doch noch erinnerlich sein, daß in Deutschland, und besonders in Preußen, dem heiligen Vater die Thür so ziemlich verschlossen ist und daß gerade von Seiten des Papstes unausgesetzt der Friede gepredigt wird. Ich will wünschen, daß es dem Einflusse des Herrn v. Frankenberg bei seinen Fractionsgenossen und diesen wieder durch ihren Einfluß bei der Regierung gelingt, der Stimme des heiligen Vaters Gehör zu verschaffen. (Beifall im Centrum.)

Abg. **Bebel**: Der Gegensatz zwischen den Reden der Abgg. v. Stauffenberg einerseits und v. Bennigsen und v. Treitschke andererseits ist insofern bedeutend, als er zeigt, daß auch bis in die bisher regierungsfreundliche nationalliberale Partei hinein die Fühlung mit der Ansicht breiter Massen der Bevölkerung gedrungen ist, wonach es so wie bisher nicht weiter gehen kann, daß man nicht mit patriotischen Redensarten weiter an den Beutel des Volkes appelliren kann. Ohne Gefahr für das jetzige Staatssystem kann man auf dem bisherigen Wege nicht weiter gehen. Der Abgeordnete v. Moltke hat gestern mehr die technische Seite der Frage besprochen und hat mit einem Appell geschlossen, die Wehrkraft Deutschlands gegen das Ausland nicht zu schwächen. Sollte das Ausland wirklich deutsches Gebiet antasten, dann wird auch die Socialdemokratie gegen dasselbe Front machen. Die strict beweisenden Zahlen des Abg. Richter hat Graf Moltke keineswegs widerlegt. Der Abg. v. Bennigsen hat sich mehr auf das Gebiet der hohen Politik begeben, er hat die Rede gehalten, die Fürst Bismarck vielleicht gern halten möchte, aber nicht halten konnte. Es zeigt das ja, daß die Actien für die Regierungsfähigkeit der nationalliberalen Partei im Steigen sind. Man hat uns gestern mittelst einer auf dem Tisch des Hauses ausgelegten Karte zu zeigen versucht, wie drohend die russischen Truppen an der österreichisch-deutschen Grenze dislocirt sind. Wie standen denn diese Truppen vor dem russisch-türkischen Kriege? Ich glaube ebenso. Die westlichen Gouvernements Rußlands sind stärker besetzt, weil sie viel cultivirter sind, als die östlichen und weil Rußland auf das ehemalige Königreich Polen Rücksicht zu nehmen hat. Durch das Gespenst des Panslavismus ist Oesterreich viel gefährdeter als wir, und diese Gefahr hat unser Bündniß mit Oesterreich viel mehr gefördert als alle diplomatische Kunst des Fürsten Bismarck. Allerdings hat letzterer das Verdienst, den russisch-türkischen Krieg in einer Weise beendigt zu haben, daß Oesterreich durch Bosnien noch mehr slavische Bevölkerung in seinen Staatskörper aufnahm und dadurch seine Bündnißbedürftigkeit mit uns gesteigert wurde.

Im Falle wir im Bunde mit Oesterreich-Ungarn in einen Krieg mit Rußland verwickelt werden sollten, wird sich auch die Türkei die Gelegenheit nicht entgehen lassen, Revanche an Rußland zu nehmen. Wir stehen also Rußland gegenüber nicht so isolirt da, wie man darstellt. Was unser Verhältniß zu Frankreich betrifft, so hat der Abg. v. Bennigsen behauptet, daß auch ohne die Annexion von Elsaß-Lothringen das Revanchegeschrei Frankreichs nicht verstummt wäre. Das mag von einem monarchischen Frankreich richtig sein, nicht aber von einem republikanischen. Zudem lese ich in der Zeitschrift „Le Militarisme", daß Graf Moltke erklärt habe, er könne ohne die geforderte Neubewilligung nicht für die Sicherheit des Reiches einstehen, es sei denn, daß Elsaß-Lothringen zurückgegeben würde. Auch Fürst Bismarck hat erklärt, die Annexion von Elsaß-Lothringen sei ein Fehler, ein paar Milliarden mehr wären ihm lieber gewesen. Durch unser Militärsystem werden unsere tüchtigsten Arbeitskräfte zur Auswanderung getrieben, sie haben die mit uns so concurrirende amerikanische Industrie groß gemacht. Durch unser Militärsystem degenerirt die Nation, weil es sie der tüchtigsten und zeugungskräftigsten Männer beraubt. Auch hierbei kommt das herrschende Klassensystem zur Geltung, der Arme muß 3 Jahre dienen, der Begüterte wird Einjährig-Freiwilliger. Mit diesem System müssen wir brechen und das ganze Volk in gleicher Weise und in kürzerer Zeit zur Vertheidigung des Vaterlandes, so bald das nöthig ist, wehrhaft machen.

Abg. **Gneist**: Gewiß war die deutsche Nation berechtigt, auf eine endliche Erleichterung ihrer Militärlasten zu rechnen. Sie war dazu berechtigt durch die Friedfertigkeit, Uneigennützigkeit, Gerechtigkeit, durch welche ihre Politik gegen alle Nationen geleitet worden ist. Wir durften wenigstens jene Ermäßigung der Last beanspruchen, welche stillschweigend eintritt durch Beibehaltung einer festen Zahl der stehenden Armee. Ist es uns dennoch nicht vergönnt, die Segnungen des Friedens ohne Sorge zu genießen, so werden wir in dieser Lage, in welcher die verbündeten Regierungen nicht der Schein eines Vorwurfs trifft, auch unsere Klagen auf ihr berechtigtes Maß zurückführen müssen. Zunächst ist es keine unerhörte Zumuthung, den Bestand des Heeres auf 7 Jahre festzustellen, vielmehr haben wir einen andern als einen solchen Zustand niemals gehabt. Alle constitutionellen Verfassungen Deutschlands sind nach 1815 entstanden. Alle haben das Angebinde einer eisernen Zahl ihres Heeres mitbekommen. Alle waren bundesmäßig verpflichtet, ein Procent der Bevölkerung von 1818 auf dem Fuß des stehenden Heeres zu halten. Keine deutsche Kammer hat die Freiheit gehabt, diese Minimalzahl zu unterbieten. Auch die preußischen Kammern waren daran gebunden bis zur Auflösung des Bundes im Sommer des Jahres 1866, und wir haben diese Schranke nur deshalb nicht empfunden, weil in Preußen durch Landesverordnungen von 1815 und 1819 ein gesetzlicher Rahmen des Heeres geschaffen war, der die bundesmäßige Verpflichtung um ein Erhebliches überbot, und an dem die Kammern niemals den geringsten Abzug auch nur versucht haben. Mit der Auflösung des Bundes hat die neue Reichsverfassung den alten Grundsatz nur continuirt: die Friedenspräsenzstärke des Heeres wird durch Bundesgesetz festgestellt. Ich will die alte Meinungsverschiedenheit unter uns nicht noch einmal aufregen, nicht nochmals ausführen, daß die Theorie von einer Feststellung des Heerbestandes durch das jährliche Budget mit der allgemeinen Wehrpflicht unvereinbar, namentlich für Deutschland ebenso staatswidrig wie geschichtswidrig ist; aber wo und wann hat denn in Deutschland das parlamentarische Recht bestanden, welches durch die Regierungsvorschläge geschmälert sein soll?

Die Regierungsvorschläge enthalten vielmehr das schon wiederholt angenommene Compromiß, welches auch die Budgettheorien grundsätzlich wahrt und nach Ablauf einer einmaligen Periode des jetzt 7jährigen Militärdienstes dem Reichstag die volle Freiheit des Handels zurückgiebt. Unbestreitbar ist es sicher eine schwere Belastung der Arbeitskraft der Nation durch ein Procent der Bevölkerung unter den Waffen. Aber unerhört ist sie nicht. Sie entspricht dem Maßstab der Staaten des Continents und ist noch etwas mäßiger als die unserer nächsten Nachbarn. Jedenfalls haben wir in minder bedenklichen Zeiten einen niedrigeren Maßstab noch nicht gehabt. Seit 1818 war es der Maßstab des deutschen Bundes, der von Oesterreich und Preußen noch um das anderthalbfache, zeitweise noch weiter überschritten wurde. Es war der Maßstab, der auch in Zeiten eines heftigen Conflicts von der Volksvertretung der Staatsregierung entgegen getragen wurde. Und selbst Preußen und Oesterreich haben dabei besser bestanden als jene Theile Europa's, wo eine verkümmerte und verkrüppelte Fabrikbevölkerung sich der Freiheit vom Militärdienst erfreut; denn die Wohlfahrt der Völker beruht auch auf der harmonischen Entwickelung der Körperkraft und des Charakters, und läßt sich nicht nach bloßen Lohn- und Arbeitstagen berechnen. Das Augenfälligste ist unsere Militärlast von jährlich 336, 350, 360 Millionen Mark mit Einschluß der beabsichtigten Erweiterung.

Solche Zahlen haben wir allerdings in Deutschland noch nicht gehabt, sie erscheinen aber jetzt in einer Summe, während sie früher unter zahlreiche Budgets sich vertheilten. Sie sind zum Theil entstanden auch durch bessere Besoldung, Verpflegung, reichlichere Vergütigung der Naturalleistungen. Jedenfalls haben wir in Preußen ein anderes Verhältniß noch nie gehabt. Preußen hat auch in baarem Gelde zwei Fünftel dieser Summe schon zu einer Zeit gezahlt, wo es die kleinere und die ärmere Hälfte Deutschlands darstellte. So ungeheuer die Summen erscheinen, so entsprechen sie doch unbestreitbar dem relativen Verhältniß der Militairkosten der europäischen Großstaaten, und nur der relative Maßstab kann hier der berechtigte sein. Deutschland bestreitet heute sein Bedürfnisse mit täglich annähernd 5 Millionen Mark, seine Heereslast mit ziemlich genau 1 Million Mark. Ich glaubte, ein Staat, der ein Fünftel seiner Staatsfinanzen zur Militairlast verwendet, kann nach dem Maßstab unserer Culturstaaten nicht mehr ein Militairstaat heißen. Ein Militairstaat war Preußen, als es beim Tode Friedrich Wilhelms I. fünfmal so viel für das Militair brauchte, als für alle übrigen Bedürfnisse des Staats und des königlichen Hauses. Es war auch noch ein Militairstaat, als es beim Tode Friedrichs des Großen und Friedrichs Wilhelm II. dreimal so viel für das Militair beanspruchte, als für alle andern Bedürfnisse des Staats.

Es war auch noch ein Militärstaat in der ersten Epoche unter Friedrich Wilhelm III. bis 1806, als die Militärlast das zweieinhalbfache aller anderen Staatsbedürfnisse betrug. Es ist erst allmälig besser geworden, der Staat hat seinen Cultus- und Wohlfahrtsaufgaben erst gerechter werden können unter der Herrschaft der allgemeinen Wehrpflicht, wo unter Friedrich Wilhelm III. die Militärlast wenigstens auf $^2/_5$ des Ganzen herabsank. Die Militärlast betrug unter Friedrich Wilhelm I. $^5/_6$ des Ganzen, unter Friedrich dem Großen $^3/_4$ des Ganzen, unter Friedrich Wilhelm III. bis 1807 $^5/_7$, nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht $^2/_5$; sie beträgt nach gleichmäßiger Vertheilung der Heereslast jetzt ungefähr $^1/_5$ des ganzen Staatsbedarfs, — schwer genug sicherlich, aber unter welchen Umständen. Es mag dem Einzelnen wie den Völkern schwerer sein, die guten als die bösen Tage zu ertragen. In der Neigung zum kritischen Skrupel wird es sich der Deutsche nie nehmen lassen, an den großen Verhältnissen immer wieder die kleinen und kleinsten Makel zu sehen. Aber umgeben von feindseligen Nationalgeistern soll und muß sich Deutschland daran erinnern; wir haben einst eine viel schwerere Kriegsrüstung getragen mit Geduld und Ausdauer in einer hoffnungslosen Zeit, wir haben sie getragen ohne Hoffnung für die Einheit und Freiheit unserer Nation, muthlos in Zwietracht und Ohnmacht unseres Vaterlandes. Gott hat es anders gewollt. Wir tragen heute unsere Kriegsrüstung in Einheit und Macht, in Sicherheit und Ehre. Wir werden sie auch noch eine gemessene Zeit ferner tragen können, um das Errungene zu behaupten, bis die allgemeine Wehrpflicht allen Culturvölkern Europas den Frieden sicherer bringen wird, als das alte System der Werbe-Armeen. (Beifall.)

Die Discussion wird geschlossen. Persönlich verwahrt sich Abg. von **Bennigsen** gegen Windthorst und die Anwendung des bekannten Dictums eines preußischen Ministers, die er in Bezug auf v. Bennigsens Anerkennung der Autorität militärischer und diplomatischer Fachmänner ersten Ranges beliebt hat. Bei einer so verantwortlichen Entscheidung sei das sachverständige Urtheil Bismarcks, Moltke's und Kameke's von höherem Werth, als das übereinstimmende Urtheil Windthorsts, Reichenspergers und Richters. (Sehr wahr!) Seine scherzhafte Wendung gegen Reichensperger hätte Windthorst nicht veranlassen sollen, ihm ernstlich so viel mehr oder weniger starke Annehmlichkeiten zu sagen. (Heiterkeit.) Er sei aber dadurch persönlich nicht verletzt, weil Windthorst da, wo er böse und anzüglich erscheine, es gar nicht so böse meine. (Heiterkeit.) Er sei auch nicht persönlich verletzt, weil er die große Verlegenheit Windthorst' mitempfunden habe, die Beschlüsse des vorigen Jahres und ihre Consequenzen mit der heutigen Haltung des Centrums in Uebereinstimmung zu bringen. Zur Aufklärung Windthorst', der seine Ausführungen über die Parteiverhältnisse des Reichstages so dunkel gefunden habe, könne er im Rahmen der persönlichen Bemerkung nur darauf hinweisen, daß durch die veränderten Verhältnisse in den letzten Monaten eine Stetigkeit der Beschlüsse in vitalen Fragen der Nation bei der jetzigen Majorität von Centrum und Conservativen in dem Maße nicht sichergestellt sei, wie dies in einer anderen Combination im vorausgegangenen Jahre der Fall war.

Abg. **Windthorst** entgegnet, Bennigsen habe in der persönlichen Bemerkung sachliche Erörterungen gemacht. Derselbe habe sich, wie der stenographische Bericht ergeben werde, wesentlich und allein für seine Haltung auf die Autorität der Regierung berufen. Redner beanspruche zwar nicht die gleiche Geltung wie die von Bennigsen angeführten Autoritäten, aber er werde sich jederzeit und jeder Autorität gegenüber ein eigenes Urtheil vindiciren. (Beifall.) Er bitte Bennigsen, jedesmal zu sagen, wenn derselbe eine Aeußerung scherzhaft meine, das Centrum habe die Angriffe Bennigsen's ernst genommen. Er wünsche nicht, daß dieser Gegenstand Veranlassung gebe zu einer Differenz zwischen den Parteien. (Der Redner wird hier vom Präsidenten Grafen **Arnim** unterbrochen, weil er den Rahmen der persönlichen Bemerkung überschreite. Während Bennigsen's persönlicher Bemerkung hat v. Franckenstein das Präsidium geführt. **Windthorst** verweist auf die entsprechenden Ausführungen des Vorredners und spricht, als ihm der Präsident bemerkt, er habe während derselben das Präsidium nicht geführt, sein Bedauern darüber aus, daß nicht wenigstens in solchen Augenblicken eine Continuität des Präsidiums besteht.) Ob die jetzige Majorität fester sei als die frühere, werde sich in der Folge zeigen müssen. Es werde sich eine Zeit finden, wo er sich mit Bennigsen über diesen Punkt recht explicite unterhalten werde und es solle ihm dann nicht geschenkt sein. (Heiterkeit.)

Abg. **Richter** (Hagen) bemerkt, Bennigsen habe in der von ihm beliebten Weise durch Gegenüberstellung seines und Reichensperger's Namens, denen er auch den Stauffenberg's hätte zufügen können, mit den Namen Bismarck's und Moltke's eine Frage vom Sachlichen in das Persönliche übergeführt. Redner habe ausdrücklich die militärische Autorität anerkannt, aber hervorgehoben, daß es sich hier auch um finanzielle und wirthschaftliche Interessen handele. Und wenn für letztere die Steuerzahler die Abgeordneten nicht als Sachverständige ansähen und wählten, dann wäre allerdings der ganze Reichstag überflüssig.

Das Haus beschließt, die Vorlage einer besonderen Commission von 21 Mitgliedern zur Vorberathung zu überweisen.

Die zweite Berathung des Etats pro 1880/81 wird mit einigen Positionen des Etats des Reichsamts des Innern, über welche die Budgetcommission mündlichen Bericht erstattet hat, fortgesetzt.

Cap. 7a der Ausgaben Tit. 10 fordert für die Herausgabe des „Deutschen Handelsarchivs" 14,000 Mk., deren Bewilligung der Referent Rickert beantragt.

Abg. Sonnemann plaidirt heute wiederholt für die Verschmelzung des in Rede stehenden Blattes mit dem „Bundes-Centralblatt", worin ihm Hänel secundirt, der überhaupt eine Centralstelle für alle Regierungs-Verordnungen und kaiserlichen Erlasse wünscht, wozu sich das „Bundes-Centralblatt" besonders eignet. Dort müßte auch über die Verhandlungen des Bundesraths wenigstens in dem Maße referirt werden, wie dies über die Verhandlungen des seligen Bundestages geschehen ist. Das so durchsichtige Geheimniß zu bewahren, liege nicht im Interesse des Bundesraths.

Bundescommissar Geh. Rath v. Möller: Die Budgetcommission hat die vom Abg. Sonnemann angeregte Frage erwogen, aber die Verschmelzung beider Blätter für ungeeignet erachtet. Kaiserliche Verordnungen gehören in die Reichsgesetzsammlung, kaiserliche Ernennungen werden üblicherweise im „Reichs-Anzeiger" publicirt. In dem „Bundes-Centralblatt" werden nur die Verordnungen des Bundesraths und der obersten Reichsbehörden publicirt, welche von öffentlichem Interesse sind.

Abg. Stumm: Für Leute, die Alles lesen müßten, ist eine Centralisation aller Bekanntmachungen wohl erwünscht, aber für die Interessentenkreise ist eine Sonderung nach Materien in verschiedenen amtlichen Organen angezeigt.

Abg. Richter (Hagen) glaubt, daß die Publication aller amtlichen und auch militärischen Bekanntmachungen im „Reichsanzeiger", falls deren Auffindung durch ein jedem Jahrgange beigegebenes Inhaltsverzeichniß erleichtert wird, wegen ihrer Schnelligkeit und Centralisation der Vielheit der amtlichen Publicationsorgane vorzuziehen ist. Die Verhandlungen des Bundesrathes, namentlich in technischen und Zollangelegenheiten, müssen mehr Publicität erhalten. Das hat schon Minister Delbrück versprochen.

Auf Befürworten der Abgg. von Kardorff und Rickert wird der Commissionsantrag angeommen; ebenso der Tit. 10 des Cap. 10, persönliche und sächliche Ausgaben in Folge Ausführung des Gesetzes vom 20. Juli 1879, betreffend die Statistik des Waarenverkehrs des deutschen Zollgebietes mit dem Auslande 300,000 Mark, dem vom Referenten Rickert befürworteten Antrage der Budgetcommission gemäß bewilligt.

Bei dem Etat des Reichsgesundheitsamtes beantragt die Budget-Commission die Mehrforderung eines Kanzleisecretärs abzulehnen, weil, wie der Referent Rickert ausführt, der jetzige Augenblick, wo das Gesundheitsamt sich offenbar in einer Krisis befindet, wo dessen Thätigkeit noch nicht in einen festen Rahmen gebracht ist, zu einer solchen Mehrbewilligung nicht geeignet ist.

Abg. Stumm: Der Commissionsbeschluß ist nur mit Stimmengleichheit angenommen worden. Die jetzigen Unterbeamten des Gesundheitsamtes können die ihnen obliegenden Arbeiten nicht bewältigen; die Directoren und Räthe müßten dabei helfen. Die Annahme des Commissionsantrages würde ein Mißtrauensvotum für Letztere bedeuten, und dazu haben wir keinen Anlaß. Namentlich ist ein solches nicht in der Ausführung des von der Majorität des Reichstages beschlossenen Nahrungsmittel-Gesetzes zu finden.

Bundescommissar v. Möller: Es handelt sich nicht um eine vorübergehende, sondern um eine ständige Vermehrung der Kanzleigeschäfte; ich brauche wohl nur neben Anderem an die in Zukunft periodisch erfolgende Zusammenkunft der außerordentlichen Mitglieder des Reichsgesundheitsamtes zu erinnern, die jedenfalls eine Verminderung der Kanzleigeschäfte nicht herbeiführen wird.

Abg. Dr. Mendel kommt auf die Polemik zwischen dem Professor Hirsch und dem „Reichsanzeiger" zurück; Redner constatirt, daß Director Struck nach dem uncorrigirten stenographischen Bericht gesagt habe: „Ich kann nur darauf hinweisen, daß der Bericht (der Pestcommission), welchen Geh. Rath Hirsch zusammengestellt hat, noch nicht lange eingetroffen ist." Dieser Passus, den die Zeitungen gebracht haben, fehlt im stenographischen Bericht. (Hört! links.) Dagegen sei amtlich festgestellt, daß der Bericht am 3. Juli der Reichs-Regierung zugegangen sei. Die Pest-Commission sollte die Maßregeln controliren, welche an Ort und Stelle gegen die Epidemie getroffen seien. Ein objectiver Bericht darüber könne kaum etwas Verletzendes gegen Rußland enthalten. Wenn man die in Rußland getroffenen Maßregeln nicht kenne, hätten ja auch die internationalen Seuchencommissionen, von denen man gesprochen, keinen Zweck. Jedenfalls hätte man doch den Bericht auf Reichskosten drucken lassen können. Nach der Behandlung, welche Professor Hirsch erfahren, würden sich Männer von wissenschaftlicher Bedeutung zur Stellung als außerordentliche Mitglieder nicht finden. Wenn der Kanzleisecretär dazu nothwendig sei, damit der Director die einlaufenden Berichte lese, so möge man ihn bewilligen, sonst aber streichen. (Heiterkeit.)

Bundescommissar v. Möller: Ein zur Veröffentlichung geeigneter Bericht war von Herrn Professor Hirsch nicht sofort fertig gestellt; es fanden sich Stellen darin, die unter amtlicher Verantwortlichkeit nicht publicirt werden konnten. Deshalb ist wohl mit Recht gesagt worden, der Bericht lag noch nicht lange vor.

Abg. Dr. Zinn kann den früheren Ausführungen des Abg. Mendel nicht überall beitreten, bezeichnet es aber doch als sehr stark, daß ein Bericht von der Wichtigkeit, wie der Bericht der Pestcommission, dem Director des Reichsgesundheitsamtes noch gar nicht zu Gesicht gekommen sei, und daß man einen solchen Bericht nicht einmal der Kosten der Veröffentlichung Werth hält. Eine solche übertriebene Sparsamkeit lasse sich nicht rechtfertigen. In dem Geschäftsgange des Reichsgesundheitsamtes müsse ein Wandel geschaffen werden.

Staatsminister Hofmann: Ich bedauere, daß der Vorredner nicht angedeutet hat, wie Wandel geschaffen werden soll; das Gesundheitsamt ist eine technische Behörde, bestimmt zum Beirath der Verwaltung. Sie hat in Fragen der Sanitäts- und Veterinärpolizei Gutachten abzugeben, von denen wenig in die Oeffentlichkeit kommt. Die Thätigkeit einer solchen Behörde darf nicht nach dem beurtheilt werden, was nach außen dringt. Das Opfer, welches der Professor Hirsch durch seine Reise gebracht hat, ist allseitig anerkannt worden; die Verzögerung der Publication des Berichtes beruht nicht auf der Geringschätzung dieser Arbeit, sondern darauf, daß er umgearbeitet werden mußte. Daß der Reichskasse daraus keine Kosten erwachsen sollen, beruht ebenfalls nicht auf übel angebrachter Sparsamkeit, sondern es wurde vorausgesetzt, daß sich für die Publication des Berichtes ein Verleger finden werde. Daß dies ausgesprochen wurde, war vielleicht übertriebene Vorsicht, aber geschadet hat es nichts. Redner plaidirt dann noch für die Bewilligung der neuen Kanzleisecretärstelle.

Nachdem noch der Abg. Thilenius den Ausführungen des Abg. Zinn beigetreten, wird dem Antrage der Budgetcommission gemäß die Position für den Kanzleisecretär gestrichen.

Schluß 4¼ Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr (Etat).

⊙ **Berlin**, 2. März. [Nichtofficiell und doch officiell.] Von officiöser Seite erhalten wir heute folgende eigenthümliche Darlegung: Das Beiheft zum Marine-Verordnungs-Blatt, welches die Darstellung vom Untergang des „Großer Kurfürst" auf Grund der gerichtlichen Untersuchungsacten enthielt, trug auf dem Titelblatt die Bemerkung: „Der Inhalt ist nichtofficiellen Charakters." Diese Bemerkung hat Anlaß zu vielen Aeußerungen des Befremdens in der Tagespresse gegeben. Es ist darüber zu bemerken, daß die Veröffentlichung kriegsrechtlicher Verhandlungen im Allgemeinen dem Gebrauch des preußischen Staats zuwiderläuft; im vorliegenden Falle aber glaubte man dem Bedürfniß der Nation nach Aufklärung Rechnung tragen zu müssen. So wurde ein umfassender Auszug aus dem kriegsrechtlichen Erkenntniß veröffentlicht. Es konnte kein Zweifel sein, daß dasselbe auf der Admiralität verfaßt worden, man hätte sich sonst nicht des Beihefts zum Marine-Verordnungs-Blatt bedienen können. Die Bemerkung: „Der Inhalt ist nichtofficiellen Charakters" war aber deshalb unerläßlich, weil eben nicht das ganze kriegsrechtliche Erkenntniß mit allen Actenstücken, sondern nur ein Auszug wiedergegeben werden konnte.

Berlin, 2. März. [Fürst Hohenlohe.] Wie ich aus bester Quelle erfahre, hat die Abreise des Fürsten von Hohenlohe von Paris keinerlei politische oder gar gegen Frankreich gerichtete Bedeutung; derselbe begiebt sich jetzt wieder nach Paris und bleibt dort bis gegen das Ende des April; dann kommt er nach Berlin, um den noch offenen Posten des verstorbenen Herrn v. Bülow einzunehmen, aber nur bis gegen Ende October. So lange bleibt der Botschaftsposten in Paris unbesetzt. Alsdann tritt Graf Hatzfeldt in die Stelle v. Bülow's ein und Fürst Hohenlohe kehrt nach Paris zurück. Graf Hatzfeldt hat zwei Privatangelegenheiten zu ordnen und dazu einen so langen Urlaub erhalten.

= **Berlin**, 2. März. [Die Commission für die Militärgesetz-Novelle.] Die Commission für die Militärgesetz-Novelle, welche morgen gewählt werden soll, wird ihre Arbeiten alsbald in Angriff nehmen, da man die Vorlage womöglich bis zum Eintritt der Osterferien, also etwa bis zum 20. d. M., zum Abschluß zu bringen wünscht. Die Annahme ist nicht zu bezweifeln. Ob mit großer Majorität, steht freilich dahin. Die reservirten Erklärungen des Centrums sprechen dafür, daß diese Fraction in großer Majorität, wenn nicht einstimmig, sich dagegen erklärt. Dazu kommt die Fortschrittspartei und ein Kreis Nationalliberaler von etwa 10 Mitgliedern, die Polen, die Socialdemokraten und ein Theil der Elsaß-Lothringer, obschon man von Letzteren in dieser Session kaum etwas wahrgenommen hat.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 3. März.

—d. [Landwirthschaftliches Central-Collegium für Schlesien.] (Schluß.) Ueber den nächsten Punkt der Tagesordnung, betreffend den ländlichen Gewerbebetrieb mit Rücksicht auf das Haftpflichtgesetz und das Strafgesetz, referirt Gewerberath Frief-Breslau. Redner gelangte in seinen Ausführungen nicht dahin, der Versammlung vorzuschlagen, ihrerseits Schritte zu thun, welche auf die Ausdehnung des Haftpflichtgesetzes auf die Landwirthschaft hinausgingen. Einmal sollte die Landwirthschaft nicht dazu dienen, eine wesentliche Schwäche des bestehenden Haftpflichtgesetzes noch klarer zu machen. Die Schwäche bestehe in der Gleichstellung der Fabriken mit den Eisenbahn-Unternehmungen; die Fabriken könnten die Last, welche das Gesetz den Besitzern auferlegt, nicht tragen und mußten zu Versicherungs-Anstalten ihre Zuflucht nehmen. Diese aber leisteten die Zahlung der Entschädigungssumme in sehr vielen Fällen erst dann, wenn ein rechtskräftiges Erkenntniß vorliege. Hierdurch werde die Angelegenheit in die Länge gezogen. Für die Landwirthschaft in Schlesien existirten, so weit der Maschinenbetrieb in Betracht komme, eine ausreichende Menge polizeilicher Vorschriften, die eben nur streng beachtet werden sollten, dann würden Unfälle zu den großen Seltenheiten gehören. — Der Vorsitzende dankte dem Redner für seinen belehrenden Vortrag.

Ueber die Erfolge der Bullenstationen und der Zuchtstier-Versicherungs-Gesellschaft macht Herr Paggendorf-Oberölsa Mittheilungen. Nach denselben hätten die Bullenstationen im Allgemeinen nicht nur den Erwartungen entsprochen, sondern meist sich gut bewährt. Von 140 Bullenstationen in der Provinz Schlesien entfielen 50 auf Oberschlesien, 48 auf Mittelschlesien und 41 auf Niederschlesien. Redner kennzeichnet im Besonderen die Erfolge, welche man mit den Bullenstationen speciell im Kreise Rothenburg gemacht habe, wo unter Zustimmung des Kreisausschusses durch Polizeiverordnung eine Körordnung für die Bullenstationen eingeführt worden sei, die gute Erfolge gezeitigt habe. Von mehreren Seiten in der Versammlung wurde das Bedürfniß und der Wunsch nach Einführung einer Körordnung betont, ohne daß aber ein bestimmter Antrag gestellt wurde. Der Vorsitzende kann die Pflege der Bullenstationen den Vereinen nur empfehlen.

Der landwirthschaftliche Kreisverein Lublinitz hatte den Antrag eingebracht: das Centralcollegium wolle beschließen, an den Herrn Oberpräsidenten die Bitte zu richten, für die ganze Provinz eine Polizeiverordnung zu erlassen, wonach jedes Fuhrwerk auf öffentlichen Wegen, mindestens aber auf Chausseen zur Nachtzeit mit brennender Laterne versehen sein muß. Der Referent v. Watzdorf-Schönfeld befand sich nicht in der Lage, diesen Antrag zu dem seinigen zu machen, desto eingehender unterstützte Landrath Klitzing-Lublinitz, Landrath und Major a. D. Sametzki-Münsterberg und Hauptmann Normann-Ober-Sodow den Antrag. Angenommen vom Collegium wurde indeß ein Antrag des Rittergutsbesitzer Sauermann-Zantkau, wonach von einer Beschlußfassung über den Antrag des Vereins Lublinitz abgesehen wurde, weil jeder Landrath im Verein mit dem Kreis-Ausschuß in der Lage sei, für seinen Kreis diese Verordnung zu erlassen.

Zur Verhandlung kommt demnächst ein Antrag des Vereins Domslau, welcher lautet: „In Anbetracht der vielen Unzuträglichkeiten, welche die Gesinde-Vermiethung am 1. October zur Folge hat, wolle der Centralverein dahin wirken, daß der Vermiethstag allgemein auf den 1. December verlegt werde, um die Zeit des durch die Kündigung entstandenen beiderseitigen Mißmuths und Uebelwollens auf nur einen Monat zu beschränken", ferner ein Antrag der ökonomisch-patriotischen Societät der Grafschaft Glatz, welcher lautet: „Da öfter der Fall vorkommt, daß Dienstleute nach Ablauf des Winters von Arbeitgebern als freie Arbeiter oder Dienstboten ohne Entlassung angenommen werden und dadurch das Gesetz über Annahme und Abgang von Dienstboten umgangen wird, so bittet die Societät: der Centralverein wolle bei der hohen Staatsregierung dahin wirken, daß die Annahme der Dienstboten und Arbeiter von einer durch die Ortsbehörden beglaubigten Entlassung abhängig gemacht und derjenige Arbeitgeber, welcher einen Dienstboten oder Arbeiter ohne genannte vorschriftsmäßig beglaubigte Entlassung annimmt, mit 100 Mark Geldbuße bestraft wird." Amtsrath Reineke-Obermednitz kommt in seinem Referat zu folgenden Anträgen: den Antrag Domslau in folgender Weise zu fassen: „das Centralcollegium wolle beschließen, an das Haus der Abgeordneten eine Petition zu richten, in welcher ausgesprochen wird: das hohe Haus wolle beschließen, dem Entwurfe des Gesetzes, betreffend die Ergänzung der Vorschriften über die Dienstbotenverhältnisse — in der vom Herrenhause beschlossenen Weise nicht allein zuzustimmen, sondern demselben noch an dazu geeignet befundener Stelle folgenden Zusatz einzufügen: der Abschluß eines Miethsvertrages mit einem Dienstboten hat nur dann Giltigkeit, wenn letzterer in glaubwürdiger Weise den Nachweis geführt hat, daß er sein bisheriges Dienstverhältniß gesetzmäßig kündigte. Hierüber dem Dienstboten eine Bescheinigung auszustellen, ist die Dienstherrschaft in den Städten 6 Wochen, auf dem Lande 6 Monate vor Ablauf des Dienstverhältnisses verpflichtet. Die Ausführungs-Bestimmungen hierzu erläßt für jede Provinz der Ober-Präsident in Verbindung mit dem Provinzialrath. Diejenigen, welche hiergegen handeln, verfallen in folgende Strafen: der Dienstbote in 1—5 M., die Dienstherrschaft in 10—100 M. Bei Zahlungsunfähigkeit kann auf 1—5 Tage Haft erkannt werden." Ferner: „Auch eine Petition an das Herrenhaus zu richten, in welcher zunächst die Zustimmung des Collegiums zu den bereits vom Herrenhause gefaßten Beschlüssen zu der in Rede stehenden Gesetzesvorlage ausgesprochen und dann die Bitte hinzugefügt wird, dem dem Abgeordnetenhause unterbreiteten Zusatze ebenfalls zuzustimmen." Endlich: „Im Fall die Gesetzesvorlage über die Ergänzung der Vorschriften der Dienstbotenverhältnisse in gegenwärtiger Session des Landtages nicht mehr zur Berathung kommen sollte, den Vorstand zu ermächtigen, alsbald bei Beginn der nächsten Session des Landtages an beide hohe Häuser desselben wiederum Petitionen zu richten, welche den veränderten Umständen gemäß modificirt, dem heut hierin Beschlossenen von Neuem Ausdruck geben." An Stelle des Antrages der ökonomisch-patriotischen Gesellschaft der Grafschaft Glatz befürwortet Referent die Annahme folgenden Antrages: „Eine Adresse an den Herrn Minister für Landwirthschaft, Domänen und Forsten zu richten, in welcher der Dank des Collegiums dafür ausgesprochen wird, daß Se. Excellenz auch in Beziehung der Regulirung der ländlichen Arbeiterverhältnisse bereits gesetzliche Maßregeln in Aussicht genommen und die Bitte daran zu knüpfen, die Vorlage des bezüglichen Gesetzes möglichst beschleunigen zu lassen, um den hierin vorhandenen Mißständen baldigst abzuhelfen." Gutsbesitzer Staroste-Tschauchelwitz plaidirt für den Antrag Domslau, event. stellt er den Antrag, den Domslauer Antrag einer Commission zu überweisen. Nach weiterer unwesentlicher Debatte werden die Anträge des Referenten angenommen, alle übrigen Anträge abgelehnt.

Ueber Reorganisation des Feuerlöschwesens auf dem platten Lande referirt Regierungsrath a. D. Baron von Buddenbrock-Pläswitz, und beantragt: Collegium wolle beschließen: an den königlichen Ober-Präsidenten das Ersuchen zu richten, das Feuerlöschwesen auf dem platten Lande der Provinz Schlesien durch Emanirung einer für den Umfang derselben giltigen Feuer- und Lösch-Ordnung nach Analogie der Feuer- und Lösch-Ordnung für das platte Land der Provinz Brandenburg und die Kreise Dramburg und Schievelbein vom 11. October 1847 (Min.-Bl. 1848 S. 7) auf neuer Grundlage zu regeln.

Der Antrag wird ohne Debatte genehmigt.

Ueber den Antrag des Herrn Guradze-Kottulin, betreffend die Pensionirung arbeitsunfähig gewordener Dienstleute, referirte Baron von Reitzenstein-Pawlowitz. Die Anträge des Herrn Guradze lauten:

1) Central-Collegium wolle die Wichtigkeit der angeregten Frage anerkennen;
2) Central-Collegium wolle eine Commission von 5 Mitgliedern erwählen, welche in Gemeinschaft mit dem Vorstande dieselbe gründlich erwägt und die Modalitäten feststellt, unter welchen sie greifbare Form erhält;
3) Central-Collegium wolle in Erwägung der Dringlichkeit der Angelegenheit dem Vorstande die Vollmacht ertheilen, geeignete Schritte zur unverzüglichen Durchführung der mit der ad hoc berufenen Commission vereinbarten Beschlüsse zu thun.

Baron von Reitzenstein empfiehlt, im Antrage 2 hinter „erwägt" zu setzen: und ein Reglement entwirft. Statt des Antrag 3 soll gesagt werden: „Central-Collegium wolle den Vorstand ersuchen, dieses Reglement der nächsten Delegirten-Versammlung zur Berathung und Beschlußfassung vorzulegen."

An der Debatte betheiligen sich Herr Guradze und Frhr. v. Richthofen; bei der Abstimmung werden die Anträge in der Form angenommen, welche der Referent vorgeschlagen hatte. In die Commission werden gewählt die Herren Baron v. Reitzenstein-Pawlowitz, Guradze-Kottulin, Freihr. v. Richthofen-Brechelshof, Staroste-Tschauchelwitz und Landesältester Gleim-Zölling. Der in den Verhandlungen ausgefallene Vortrag des Director Dr. Holdefleiß-Breslau wird den Mitgliedern gedruckt zugehen.

Nachmittags 4¾ Uhr schloß der Vorsitzende die diesjährigen Verhandlungen des Central-Collegiums. Seitens des Herrn Grafen Pfeil-Wildschütz wurde dem Vorsitzenden der Dank der Versammlung für die Leitung der Geschäfte ausgesprochen.

Handel, Industrie ꝛc.

Berlin, 2. März. [Börse.] Die Börse verkehrte heute Anfangs in sehr matter Haltung. Die Verstimmung ging von dem Montanactienmarkte aus, auf welchem die weichenden Eisenpreise in Glasgow umfangreiche Abgaben veranlaßten und die Contremine in lebhaftere Action treten ließen. Politische Gerüchte trugen auch heute dazu bei, die Stimmung der Speculation darniederzuhalten. Die letzten Meldungen über den gestrigen Verkehr an den auswärtigen Plätzen, auf welche die hiesigen Course schlecht eingewirkt hatten, lauteten wenig animirend; die höheren Wiener Anfangsnotirungen von heute bleiben auf der Börse ohne Einfluß. Noch innerhalb der ersten Stunde trat eine Reprise ein; man wollte wissen, daß Fürst Bismarck im Reichstage erscheinen werde, um etwa vorhandenen Befürchtungen vor einer acuten Verstimmung der politischen Situation entgegen zu treten. Indeß entwickelte sich das Geschäft in beschränkterem Umfange, so daß die Tendenz keine Einheitlichkeit aufwies, die Course vielmehr eine schwankende Haltung verriethen. Später trat in Montanwerthen eine Mattheit hervor, die die übrigen Verkehrsgebiete drückte. Auch verstimmte der Umstand, daß sich die Erwartung, Bismarck werde im Reichstage erscheinen, nicht bestätigt. Auf dem internationalen Markt notiren: Credit 531—29—32—27, Franzosen 472—70, Lombarden 151—1½—1. Oesterreichisch-ungarische Anleihen ziemlich fest, aber ruhig. Dieselbe Tendenz war auch für russische Werthe vorherrschend, Rubel anfangs fest, später abgeschwächt. Dieselben notiren; per ult. 214,25—214,75 bis 214,25 (Vorpr. 217,50/2,50), per April 214,50—214,75—214,25 (Vorpr. 218,50/3). Auf dem localen Markte herrschte in Montanwerthen anfangs eine größere Bewegung. Es erzielten Laura 135—3¾—5,10—5, Dortm. St.-Pr. 104—2,75—4,50—1, Commandit notiren 190,75—89,75—90,50. Speculative Eisenbahnen schwankend. Rumänen erzielten trotz des Protestes einen höheren Cours. Wir heben hervor per ult.: Bergisch-Märkische 109,75 bis 10—75—50, Rumänier 49—60—50, Galizier 112,40—111,75—112, Oberschlesische 184,75—184—50. Auf dem Anlagemarkt waren heimische Fonds unverändert. Für deutsche Prioritäten existirte durchwegs gute Nachfrage. Oesterreichische Prioritäten unentschieden, russische unverändert. Auf dem Kassamarkte waren große heimische Bahnen zum Theil schwächer. Kleine Bahnen geschäftslos. Oesterreichische Nebenbahnen angeboten. Stammprioritäten still. Auch Banken ohne größeres Geschäft. Industrieactien schwächer. Geld etwas knapper 2—2¼ pCt. im Privatdiscont. Fremde Wechsel ziemlich fest. Russ. Zollcoupons 20,55—56, 1822er 20,78.

Course um 2½ Uhr: Schwankend. Creditactien 530,50, Lombarden 151,—, Franzosen 470,—, Reichsbank 155,—, Disconto-Commandit 189,—, Laurahütte 133,75, Dortm. Union 101,00, Türken 10,40, Italiener 81,25, Oesterreichische Goldrente 73,25, Ungarische Goldrente 86,50, Oesterr. Silberrente 61,37, do. Papierrente 60,50, 5proc. Russen 87,87, Köln-Mindener —,—, Rheinische 158,00, Bergische 109,12, Rumänen 49,62, Russ. Noten 214,50, II. Orient-Anleihe 59,62, III. do. 59,62.

Coupons. (Course nur für Posten.) Oesterr. Silberrent.-Cp. 171,75 bez., do. Eisenbahn-Coupon 171,75 bez., do. Papier in Wien zahlbar min. 40 Pf. t. Wien, Amerik. Gold-Dollar-Bonds 4,19 bez., do. Eisenbahn-Prior. 4,19 bez., do. Papier-Dollars 4,19 bez., 6% New-York-City 4,19 bez., Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier und verl. min. 75 Pf. t. Pet., Poln. Papier u. verl. min. 75 Pf. Warschau, Russ. Zoll 20,54—55 bez., 22er Russen —,—, Große Russische Staatsbahn — bez., Russische Boden-Credit —,— bez., Warschau-Wiener Comm. — bez., Rumänisch, Divid.-Sch. per 1879 — bez., Warschau-Terespol —,— bez., 3% un, 5% Lombard min. — Pf. Paris, Diverse in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer minus — Pf. Paris Belgische minus — Pf. Brüssel. Berl. Str.-Obligat. 20,42 bez.

Berlin, 2. März. [Producten-Bericht.] Das Wetter ist stürmisch; früh hatten wir heftigen Regen. Unser Getreidemarkt läßt feste Haltung nicht verkennen. Die Kauflust für Roggen war dem spärlichen Angebot auf Termine überlegen und ohne Mühe konnten etwas höhere Forderungen durchgesetzt werden. Nach Waare ist wenig Begehr. — Roggenmehl fest. — Weizen hat auch eine Kleinigkeit im Werthe gewonnen, der Umsatz blieb jedoch eng begrenzt. — Hafer loco unverändert; Termine leblos. — Rüböl war etwas mehr angeboten und hat zu nachgebenden Preisen verkauft werden müssen. — Petroleum still. — Spiritus hielt man etwas fester, fand aber so wenig Käufer, daß geringer Umsatz sich erst zu ungefähr gestrigen Preisen entwickelte.

Weizen loco 200—240 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, gelb. märk. — M. ab Bahn bez., per März — M. bez., per März-April — Mark bez., per April-Mai 230½—231 Mark bez., per Mai-Juni 230 bis 230½ Mark bez., per Juni-Juli 229½—230 Mark bez., per Juli-August 219½ Mark bez., per Septbr.-Octbr. 214—213½ Mark bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mark. — Roggen loco 173—180 Mark bez. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russischer 174¾ M. ab Boden bez., inländ. 174—178 M. ab Bahn bez., per März und März-April 173 M. nom., per April-Mai 174—174½ M. bez., per Mai-Juni 174—174½ M. bez., per Juni-Juli 173—173½—173 M. bez. u. Gld. 173½ Br., per Juli-August 166½—167 M. bez., per September-October 164 M. bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mark. Gerste loco 137—200 Mark nach Qualität gefordert. — Hafer loco 145—162 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreußischer 148—152 M. bez., russischer 148 bis 150 M. bez., pommerscher, mecklenburgischer und uckermärkischer 153—156 Mark bez., schlesischer 153 bis 156 Mark bez., böhmischer und sächsischer 154—156 Mark ab Bahn bez., fein. weißer russischer — Mark bez., per März — Mark bez., per April-Mai 149 Mark bez., per Mai-Juni 150½ Mark bez., per Juni-Juli 152 M. bez., per Juli-August 153 Mark bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mark. — Mais loco 145 bis 150 Mark nach Qualität gefordert, rumänischer — M. bez., amerikanischer — Mark ab Bahn bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — M. — Erbsen, Kochwaare, 168—205 Mark Futterwaare 155—166 Mark. — Weizenmehl pro 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 00: 32,50 bis 30,00 M. bez., Nr. 0: 30,00—29,00 Mark, Nr. 0 u. 1: 29,00—27,00 Mark bez. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 0: 25,75 bis 24,75 Mark bez., Nr. 0 und 1: 24,50—23,50 M. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1 incl. Sack: per März 24,45—24,35 Mark bez., per März-April 24,45—24,35 M. bez., per April-Mai 24,45—24,35 Mark bez., per Mai-Juni 24,45—24,35 M. bez., per Juni-Juli 24,35—24,25 M. bez., per Juli-August — Mark bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mark. — Rüböl pro 100 Kilo loco mit Faß 54,1 Mark bez., ohne Faß 53,8 M. bez., per März 54—53,8—53,9 Mark bez., per März-April 54 bis 53,8—53,9 Mark bez., per April-Mai 54—53,8—53,9 Mark bez., per Mai-Juni 54,5—54,3—54,4 Mark bez., per Juni-Juli — Mark bez., per Juli-August — Mark bez., per September-October 57,5—57,3—57,4 Mark bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mark. — Leinöl loco 66 Mark. — Petroleum loco per 100 Kilo incl. Faß 25,8 Mark bez., per März 24,5 Mark bez., per März-April 24,1 Mark bez., per April-Mai 24 Mark bez., per Mai-Juni — Mark bez, per September-October 25,5 Mark bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mark.

Spiritus loco ohne Faß 59,8 M. bez., per März und März-April 59,8 bis 59,6 M. bez., per April-Mai 60,4—60,3 Mark bez., per Mai-Juni 60,6

bis 60,5 M. bez., per Juni-Juli 61,4—61,3 Mark bez., per Juli-August 62,1—62,2—62,1 M. bez., per August-September 62,7—62,5 M. bez. Gek. 40,000 Liter. Kündigungspreis 59,7 Mark.

Berliner Börse vom 2. März 1880.

Fonds- und Geld-Course.

Deutsche Reichs-Anl.	4	99,85 bz
Consolidirte Anleihe .	4½	106,10 bz
do. do. 1876 ..	4	99,80 bz
Staats-Anleihe .	4	99,75 bz
Staats-Schuldscheine .	3½	95,60 bzG
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	144,90 bz
Berliner Stadt-Oblig.	4½	104,00 bz
Pfandbriefe. Berliner	4½	104,00 B
Pommersche	3½	90,30 bz
do.	4	100,30 G
do	4½	103,00 G
do.Lndch.Crd.	4½	— —
Posensche neue	4	99,10 bz
Schlesische	3½	— —
Ldschaftl.Central	4	100,00 bz
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	99,80 bz
Pommersche	4	100,00 bz
Posensche	4	99,70 B
Preussische	4	99,70 B
Westfäl. u. Rhein.	4	100,40 bz
Sächsische	4	100,30 bz
Schlesische	4	100,00 bz
Badische Präm.-Anl.	4	137,70 bzG
Baierische Präm.-Anl.	4	136,60 bz
do. Anl. v. 1875	4	99,25 bz
Cöln-Mind. Prämiensch	3½	134,50 bz
Sächs. Rente von 1876	3	76,60 B

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Ob.	5	110,00 G
Unkb.Pfd. d.Pr.Hyp.-B.	4½	105,00 B
do. do.	5	104,75 G
DeutscheHyp.-Bk.-Pfb.	4½	100,10 bzG
do. do. do.	5	102,75 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	101,50 G
Unkündb. do. (1872)	5	104,80 bz
do. rückzb. à 110	5	113,00 G
do. do. do.	4½	106,50 G
Unk.H.d.Pr.Bd.-Crd.-B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	106,75 G
Kündb.Hyp.Schuld. do.	5	— —
Hyp.-Anth. Nord.G-C-B	5	100,50 bzG
do. do. Pfandbr.	5	99,30 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	105,25 bzG
do. do. II. Em.	5	102,75 bzG
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	120,60 bzG
do. do. II. Em.	5	119,80 bz
do. 5%Pf.rkzlbr.m.110	5	167,10 G
do.4½ do. do. m.110	4½	102,60 bzB
Meininger Präm.-Pfdb.	4	124,90 bz
Pfdb.d.Oest.Bd.-Cr.-Ge.	5	102 25 G
Schles.Bodencr.-Pfdbr.	5	104,50 G
do. do.	4½	103,30 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	104,60 B
do. do.	4½	102,25 G

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1./1.1./7.	4⅕	61,50 bz
do. (1./4.1./10.)		61,40 bz
do. Goldrente	4	73,40 bzG
do. Papierrente	4⅕	66,60 bz
do. 54er Präm.-Anl.	4	115,25 B
do. Lott.-Anl. v. 60	5	123,75 bzG
do. Credit-Loose	fr.	341,50 B
do. 64er Loose	fr.	310,00 bz
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	151,00 bzG
do. do. 1866	5	151,00 bzG
do. Orient-Anl.v.1877	5	59,60-70 bz
do. II. do. v.1878	5	59,70 bz
do. III. do. v.1879	5	59,60-70 bz
do. Anleihe 1877	5	87,80 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	78,10 bz
do.Cent.-Bod.-Cr.-Pfb.	5	77,50 G
Russ.-Poln.Schatz-Obl.	4	80,00 bzB
Poln. Pfndbr. III. Em.	5	65,50 G
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	56,75 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	101,60 bz
do. 5% Anleihe	5	101,50 B
Ital. 5% Anleihe	5	80,80 bz
Raab-Grazer 100Thlr.L	4	91,80 bz
Rumänische Anleihe	8	— —
Türkische Anleihe	fr.	10,40 bz
Ungar. Goldrente	6	86,80 bz
do. Loose (M.p.St.)	fr.	211,00 bz
Ung.5%St.-Eisnb.-Anl.	5	85,10 bz
Schwedische 10 Thlr.-Loose		—
Finnische 10 Thlr.-Loose		51,25 B
Türken-Loose		30,70 etbzB

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	— —
do. III. v. St.3½g.	3½	91,25 bzB
do. do. VI.	4½	103,90 bz
do. Hess. Nordbahn	5	103,60 bz
Berlin-Görlitz	5	102,75 bzG
do.	4½	101,40 bzG
do. Lit. C.	4½	101,40 B
Bresl.-Freib. Lit.DE.F.	4½	103,40 bz
do. do. G.	4½	— —
do. do. H.	4½	— —
do. do. J.	4½	102,80 bzB
do. do. K.	4½	102,80 bzB
do. von 1876	5	106,00 G
Breslau-Warschauer	5	102,70 bzG
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	99,25 G
do. Lit. B.	4½	101,30 etbzG
do. IV.	4	99,25 G
do. V.	4	99,25 G
Halle-Sorau-Guben	4½	103,75 G
Hannover-Altenbeken	4½	130,00 G
Märkisch-Posener	4½	— —
Niederschles.-Märk. I.	4	99,60 G
do. do. II.	4	99,60 G
do. Obl.I. u.II.	4	99.60 G
do. Obl. III.	4	99.60 G
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	99,90 G
do. D.	4	99,00 G
do. E.	3½	91,75 bzG
do. F.	4½	103,25 G
do. G.	4½	— —
do. H.	4½	103,50 bz
do. von 1879	4½	104,00 bzB
do. von 1873	4	99,25 bzG
do. von 1874	4½	— —
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	5	103,30 bzB
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em.	4½	— —
do. Ndrschl.Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	4½	102,40 B
Rechte-Oder-Ufer-B.	4½	103,50 G
Schlesw. Eisenbahn	4½	— —
Charkow-Asow gar.	5	92,75 bz
do. do. in Pfd. Sterl.	5	84,00 bz
Charkow-Kremen. gar.	5	89,00 bz
do. do. in Pfd. Sterl.	5	84,05 B
Rjäsan-Koslow gar.	5	98,50 bzB
Dux-Bodenbach	5	84,80 G
do. II. Em.	5	82,70 bzB
Prag-Dux	fr.	48,90 bzB
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	91,40 bz
do. do. neue	5	88,40 bz
Kaschau-Oderberg	5	73,90 bz
Ung. Nordostbahn	5	72,30 bzG
Ung. Ostbahn	5	67,75 bzG
Lemberg-Czernowitz	5	75,60 G
do. do. II.	5	78,20 bz
do. do. III.	5	73,00 etbzG
do. do. IV.	5	70,50 bzG
Mährische Grenzbahn	5	61,70 bzG
Mähr.-Schl. Centralb.	fr	30,40 bzB
Kronpr. Rudolf-Bahn	5	79,70 bz
Oesterr.-Französische	3	377,50 bz
do. do. II.	3	368,75 G
do. südl. Staatsbahn	3	262,50 etbzG
do. neue	3	263,40 B
do. Obligationen	5	93,10 bzB
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	96,80 bz
Warschau-Wien II.	5	101,90 bz
do. III.	5	100,75 G
do. IV.	5	98,10 etbzG
do. V.	5	98,10 etbzG

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3	169,70 bz
do. do.	2 M.	3	169,00 bz
London 1 Lstr.	3 M.	3	20,345 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	3	81,30 B
Petersburg 100 SR.	3 M.	6	212,40 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	6	213,90 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4	172,15 bz
do. do.	2 M.	4	171,25 bz

Kurh. 40 Thaler-Loose 282,00 bzB
Badische 35 Fl.-Loose 174,00 B
Braunschw. Präm.-Anleihe 97,50 bz
Oldenburger Loose 157,00 bz

Ducaten — —	Dollar 4,19 G
Sover. 20,40 G	Oest. Bkn. 172,05 bz
Napoleon 16,25 G	do. Silbergd. — —
Imperials — —	Russ. Bkn. 214 25 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1878	1879		
Aachen-Mastricht	½	—	4	35,30 bz
Berg-Märkische	4	—	4	109,25 bz
Berlin-Anhalt	5	—	4	109,60 bzG
Berlin-Dresden	0	—	4	16,40 bzB
Berlin-Görlitz	0	0	4	26,00 bz
Berlin-Hamburg	10½	—	4	194,00 bz
Berl-Potsd.-Magdb	3½	4	4	99,00 bzG
Berlin-Stettin	3,65	4¾	4	114,50 bz
Böhm. Westbahn	5¾	—	5	96,20 bz
Bresl.-Freib.	3¼	—	4	106,00 bz
Cöln-Minden	6,3	6	4	147 00 bz
Dux-Bodenbach.B.	0	0	4	72,00 bzG
Gal. Carl-Ludw.-B.	8,214	—	4	112,00 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	23,90 bz
Hannover-Altenb.	0	0	fr.	— —
Kaschau-Oderberg	4	4	5	— —
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	65,75 bz
Ludwigsh.-Bexb.	9	—	4	201,50 bz
Märk.-Posener	0	0	4	30,60 bz
Magdeb.-Halberst.	9½	6	4	146,60 bz
Mainz-Ludwigsh.	4	—	4	105,90 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	99,10 G
Oberschl. A. C.D.E.	8½	—	3½	183,60 bz
do. B.	8½	—	3½	152,50 etbz
Oesterr.-Fr. St.-B.	6	—	4	472,00-70
Oest. Nordwestb.	4	—	5	290,90 bz
Oest.Südb.(Lomb.)	0	0	4	152 1,00
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	60,30 bz
Rechte-O.-U.-B.	7	—	4	143,25 bz
Reichenberg-Pard.	4	4	4⅓	56,20 bz
Rheinische	7	7	4	158,00 bz
do. Lit.B.(4% gar.)	4	4	4	98,75 bz
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	12,25 bz
Rumän.Eisenbahn	2	—	4	49,60 bz
Schweiz Westbahn	0	—	4	19,60 bzB
Stargard-Posener	4½	4½	4½	103,75 G
Thüringer Lit. A.	8	—	4	156,50 bzG
Warschau-Wien	9,165	—	4	246,00 bzB

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Dresden	0	—	5	42,20 bzG
Berlin-Görlitzer	1	—	5	73,00 bzG
Breslau-Warschau	0	—	5	42,10 G
Halle-Sorau-Gub.	0	—	5	84,10 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	0	0	5	40,00 bzG
Märkisch-Posener	5	5	5	100,70 bzG
Magdeb.-Halberst.	4⅕	3½	3½	88,80 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	121,25 bzG
Ostpr. Südbahn	5	5	5	100,75 bzB
Posen-Kreuzburg	2¾	—	5	75,00 bzG
Rechte-O.-U.-B.	7	—	5	141,90 bz
Rumänier	8	8	8	109,25 bzG
Saal-Bahn	0	0	5	45,25 bzG
Weimar-Gera	0	0	5	35,25 bz

Bank-Papiere.

Allg.Deut.Hand.-G	2	4	4	73,00 bzB
Berl. Kassen-Ver.	8 8/10	8 9/10	4	174,00 bzG
Berl. Handels-Ges.	0	5	4	109,75 G
Brl.Prd.-u.Hdls.-B.	0	4⅓	4	76,60 bzG
Braunschw. Bank	4½	—	4	93,25 bzG
Bresl. Disc.-Bank	3	5½	4	97,50 bzB
Bresl. Wechslerb.	5⅔	6	4	101,10 G
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	5	4	91,90 bz
Danziger Priv.-Bk.	5⅕	5	4	109,00 bzG
Darmst. Creditbk.	6¾	—	4	153,75 bzG
Darmst. Zettelbk.	5¼	5⅙	4	106,70 B
Deutsche Bank	6½	—	4	148,50 bzG
do. Reichsbank	6,3	—	4½	155,00 bzB
do.Hyp.-B.Berl.	6¼	6	4	93,30 bz
Disc.-Comm.-Anth.	6½	—	4	190,90 bz
do. ult.	6½	—	4	190,75-8,25
Genossensch.-Bnk.	5½	7	4	113,00 G
do. junge	5½	7	4	110,50 G
Goth. Grundcredb.	6	—	4	95,50 G
do. junge	6	—	4	94,25 bzG
Hamb. Vereins-B.	7¾	7	4	— —
Hannov. Bank	5½	4⅓	4	104,25 bzG
Königsb.Ver.-Bnk.	6	5⅓	4	97,75 G
Ldw.-B. Kwilecki	4⅔	—	4	— —
Leipz. Cred.-Anst	6⅔	10	4	151,00 bz
Luxemburg. Bank	7½	—	4	140,00 B
Magdeburger do.	6 3/10	5⅕	4	114,00 B
Meininger do.	2½	—	4	101,60 bz
Nordd. Bank	8⅘	10	4	165 50 G
Nordd. Grundcr.-B.	0	—	4	63,90 bzG
Oberlausitzer Bk.	4	4⅔	4	88,00 bzG
Oest. Cred.-Actien	8¾	11¼	4	530,50-27
Posener Pro.-Bank	4	—	4	112,75 B
Pr.Bod.-Cr.-Act.-B.	5	—	4	93,90 bzG
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	—	4	128,50 bzG
Sächs. Bank	5⅔	6	4	119,25 bzG
Schl. Bank-Verein	5	6	4	110,75 bz
Weimar. Bank	0	—	4	41,50 G
Wiener Unionsbk.	5	—	4	212,00 G

In Liquidation.

Berliner Bank	—	—	fr.	— —
Centralb. f.Genoss.	—	—	fr.	48,00 G
Sächs. Cred.-Bank	—	—	fr.	— —
Schl. Vereinsbank	—	—	fr.	— —
Thüringer Bank	—	—	fr.	201.00 G

Industrie-Papiere.

D. Eisenbahnb.-G.	0	—	4	11,29 bzB
do. Reichs-u.Co.-B.	—	—	fr.	—
Märk.-Sch.Masch G	0	—	4	45,00 bz
Nordd. Gummifab.	4	11½	4	48,50 bz
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	5	—	4	89,75 G
Schles. Feuervers.	21	—	fr.	1060 B
Donnersmarkhütt.	½	1½	4	68,50 bz
Dortm. Union	0	—	4	15,50 bzB
do. abgest.	0	—	4	21 bz
do. St.-P.Lit.A.	0	—	6	101 bzG
Königs- u. Laurah.	1½	—	4	134,50 bz
Lauchhammer	0	—	4	49,00 bzG
Marienhütte	2½	—	4	80,00 bzG
Cons. Redenhütte	4	—	4	228 00 bz
do. Oblig.	6	6	6	103,75 bz
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	18,00 bzG
Schl.Zinkh.-Actien	5½	—	4	101,90 G
do. St.-Pr.-Act.	5½	—	4½	105,90 B
Oppeln. Portl.Cem.	3½	—	4	64,00 B
Groschowitzer dto.	2	4	4	68,00 B
Tarnowitz. Bergb.	0	—	4	99,25 bz
Vorwärtshütte	0	—	4	25,25 bz
Bresl. E.-Wagenb.	5½	—	4	76,75 bz
do. ver. Oelfabr.	5½	—	4	79,25 bzG
do. Strassenbahn	6	—	4	115,00 bz
Erdm. Spinnerei	0	—	4	41,50 bz
Görlitz. Eisenb.-B.	6½	—	4	96,00 bzB
Hoffm.'sWag.Fabr	0	—	4	66,75 G
O.-Schl. Eisenb.-B.	0	—	4	69,00 bzG
Schl. Leinenind.	5	—	4	99,00 bzG
do. Porzellan	1½	—	4	— —
Wilhelmsh. MA.	0	—	4	44,50 G

Bank-Discont 4 pCt.
Lombard-Zinsfuss 5 pCt.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(W. T. B.) **Paris**, 2. März, Abends. [Boulevard-Verkehr.] 3proc. Rente —, —. Neueste Anleihe von 1872 116, 32. Türken 1865 11, 07. Neue Egypter 286, —. Banque ottom. —, —. Italiener 81, 12. Chemins —, —. Oesterr. Goldrente —, —. Ungar. Goldrente 87⅝, Spanier exter. —, —. Spanier inter. —. 1877er Russen —, —. Türkenloose —, —. III. Orient —. Lombarden —, —. Sehr fest.

Frankfurt a. M., 2. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 475. Pariser Wechsel 81, 27. Wiener Wechsel 172, 20. Köln-Mindener Stamm-Actien 146¾. Rhein. Stamm-Actien 158. Hess. Ludwigsbahn 106⅛. Köln-Mindener Prämien-Antheile 134⅛. Reichsanleihe 99¾. Reichsbank 155¼. Darmstädter Bank 153¼. Meininger Bank 102⅞. Oesterr.-Ungarische Bank 724, 00. Creditactien*) 265½. Silberrente 61⅝. Papierrente 60⅞. Goldrente 73¼. Ungarische Goldrente 86¾. 1860er Loose 124½. 1864er Loose —, —. Ungarische Staatsloose 211, 50. Ungar. Ostbahn-Obligationen II 79⅝. Böhm. Westbahn 191⅛. Elisabethbahn 162⅛. Nordwestbahn 145⅛. Galizier 224¼, Franzosen*) 235. Lombarden*) 75¼. Italiener —, —. 1877er Russen 88. II. Orientanleihe 59⅞. Central-Pacific 110⅞. Schweizer Centralbahn —. Ludwigshafen-Berbach —. Ruhig.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 264¼, Franz. 234, Galizier 223⅛, Oesterr. Goldrente —, Ungar. Goldrente —, —, II. Orientanleihe —, III. Orient-Anleihe —. Lombarden —.

*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 2. März, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 126¼, Silberrente 61⅝, Oest. Goldrente 73¼, Ung. Goldrente 86½, Credit-Actien 264⅛, 1860er Loose 124⅛, Franz. 588, Lombarden 188, Italien. Rente 81¼, 1877er Russen 87¾, II. Orient-Anleihe 57¾, Vereinsbank 123, Laurahütte 133¾, Nordd. 164½, Commerzbank 118⅛, Anglo-deutsche 57⅝, 5% Amerikan. 95¾, Köln-Mind. St.-A. —, Rhein. Eisenb. do. 158¼, do. junge 150⅛, Berg.-Märk. do. 109¾, Berlin-Hamb. do. 194, Altona-Kiel. do. 140⅛, Disconto 2%, Preuß. 4procent. Consols 99¾, österr Nordwestbahn —. — Schluß fester.

Silber in Barren per Kilogr. 152, 90 Br., 152, 40 Gd.

Wechselnotirungen: London lang 20, 36 Br., 20, 30 Gd., London kurz 20, 51 Br., 20, 43 Gd., Amsterdam 168, 50 Br., 167, 90 Gd., Wien 171, 25 Br., 169, 25 Gd., Paris 80, 70 Br., 80, 30 Gd., Petersburger Wechsel 213, 00 Br., 209, 00 Gd.

Hamburg, 2. März, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco unverändert, auf Termine fest. Roggen loco unverändert, auf Termine fester. Weizen per April-Mai 230 Br., 229 Gd., pr. Mai-Juni 231 Br., 230 Gd. Roggen pr. April-Mai 168 Br., 167 Gd., pr. Mai-Juni 167 Br., 166 Gd. — Hafer und Gerste unverändert. Rüböl ruhig, loco 56⅛, pr. Mai 56⅛. — Spiritus lustlos, pr. März 51¼ Br., pr. April-Mai 51 Br., pr. Mai-Juni 50⅛ Br., pr. Juni-Juli 50⅛ Br. Kaffee fest, Umsatz 2000 Sack. — Petroleum still, Standard white loco 7,30 Br., 7,20 Gd., pr. März 7,15 Gd., pr. August-December 8,30 Gd. — Wetter: Regen.

Liverpool, 2. März, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 7000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Unverändert. Middl. amerikanische April-Mai-Lieferung 7 1/32, Mai-Juni-Lieferung 7¼ D. Tagesimport 11,000 B., davon 3000 B. amerikanische.

Manchester, 2. März, Nachm. 12r Water Armitage 8⅛, 12r Water Taylor 9¾, 20r Water Micholls 11¼, 30r Water Gidlow 12, 30er Water Clayton 12⅜, 40r Mule Mayoll 12½, 40r Medio Wilkinson 13¾, 36r Warpcops Qualität Rowland 12½, 40r Double Weston 13⅝, 60r Double Weston 15½, Printers 16/16 34/50 8½pfd. 105. Ruhig.

Königsberg, 2. März, Nachm. 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen flau. Roggen niedriger, loco 121/122pfd. 2000 Pfd. Zollgew. 164, 25, per Frühjahr 165, 00, per Mai-Juni 166, 00. — Gerste still. — Hafer unverändert, loco pr. 2000 Pfd. Zollgew. 140, 00, per Frühjahr 140, 00. — Weiße Erbsen pr. 2000 Pfd. Zollgewicht 151, 00. — Spiritus per 100 Ltr. 100 pCt. loco 59, 25, per Frühjahr 60, 50, per Mai-Juni 64, 00. — Wetter: Regen.

Danzig, 2. März, Nachmittag 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen loco flau. Umsatz 250 Tonnen. Bunt und hellfarbig, mehr oder weniger ausgewachsen 202,00—214,00, hellbunt 220,00—227,00, hochbunt und glasig 250,00, pr. April-Mai Transit 226,00, per Juni-Juli Transit 228,00. Roggen unverändert, loco inländischer pr. 120 Pfd. 166,00, polnischer oder russ. pr. 120 Pfund Transit —, unterpolnischer per April-Mai Transit 165,00, inländ. per April-Mai 168,00. Kleine Gerste loco 152,00. Große Gerste loco 166,00. — Hafer loco 140,00. — Erbsen loco —. — Spiritus pr. 10,000 Liter-pCt. loco 59,00.

Pest, 2. März, Vormittags 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco schwaches Geschäft, Termine ruhig, per Frühjahr 14, 40 Gd., 14, 45 Br. — Hafer per Frühjahr 7, 65 Gd., 7, 70 Br. — Mais per Mai-Juni 9, 00 bez. — Kohlraps per August-September 13⅛. — Wetter: Prachtvoll.

Paris, 2. März, Nachmittag. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen behauptet, per März 33, 50, per April 33, 25, per Mai-Juni 32, 40, per Mai-August 31, 60. — Mehl behauptet, per März 69, 25, per April 69, 25, per Mai-Juni 68, 25, per Mai-August 67, 00. — Rüböl ruhig, per März 79, 00, per April 79, 75, per Mai-August 81, 25, per September-December 82, 25. — Spiritus behauptet, per März 73, 25, per April 72, 50, per Mai-August 69, 75.

Paris, 2. März, Nachmittags. Rohzucker ruhig, Nr. 10/13 per März per 100 Klgr. 58, 50, 7/9 per März per 100 Klgr. 64, 50. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kilogr. per März 68, 25, per April 68, 50, per Mai-August 68, 00.

London, 2. März. Havannazucker Nr. 12 25⅛. Ruhig.

Antwerpen, 2. März, Nachm. 4 Uhr 30 Minuten. Petroleummarkt (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß, loco 18¾ bez. u. Br., per April 19 Br., per Septbr. 20 Br., per September-December 20⅛ Br. Fest.

Bremen, 2. März, Nachmittags. Petroleum ruhig. (Schlußbericht.) Standard white loco 7, 30—7, 35 bez., per April 7, 50 Br., per Mai 7, 60 Br., per August-December 8, 30 Br.

Wien, 2. März. Die Einnahmen der Südbahn betrugen 565,198 Fl., Minus gegen die gleiche Woche des Vorjahres 10,780 Fl.

⁂ **Breslau**, 3. März, 9½ Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Markte war für Getreide fest, bei mäßigem Angebot Preise gut preishaltend.

Weizen, feine Qualitäten blieben preishaltend, per 100 Kilogr. schles. weißer 19,70 bis 21,30—22,20 Mark, gelber 19,70—20,90 bis 21,60 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, höhere Forderungen erschwerten den Umsatz, pr. 100 Kilogr. 16,70 bis 17,20 bis 17,50 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. 15,70 bis 16,80 Mark, weiße 17,00 bis 17,40 Mark.

Hafer preishaltend, pr. 100 Kilogr. 14,20—15,00 bis 15,40 Mark.

Mais ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. 14,60—15,00—15,60 Mark.

Erbsen schwach zugeführt, pr. 100 Kilog. 18,50 — 19,60 bis 20,20 Mark, Victoria- 21,00—22,00—23,50 Mark.

Bohnen ohne Angebot, pr. 100 Kilogr. 20,50—23,50—23,00 M.

Lupinen, nur feine Qualitäten beachtet, pr. 100 Kilogr. gelbe 7,20 bis 8,00—8,40 Mark, blaue 7,10—8,00—8,30 Mark.

Wicken mehr angeboten, pr. 100 Kilogr. 13—13,50—14,20 Mark.

Oelsaaten schwach zugeführt.

Schlaglein schwach angeboten.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	26	—	25	—	22	—
Winterraps	23	—	22	25	21	75
Winterrübsen	22	50	21	50	21	—
Sommerrübsen	23	—	22	—	20	50
Leindotter	22	—	21	50	20	75

Rapskuchen unverändert, pr. 50 Kilogr. 6,50—6,70 Mark, — fremde 6,10—6,30 Mark.

Leinkuchen in ruhiger Stimmung, pr. 50 Kilogr. 9,50—9,70 Mark.

Kleesamen schwacher Umsatz, rother unverändert, pr. 50 Kilogr. 35—44—46—50 Mark, weißer preishaltend, 44—53—62—74 Mark, hochfeiner über Notiz.

Tannenklee ruhig, pr. 50 Kilogr. 42—50—60 Mark.

Thymothee unverändert, pr. 50 Kilogr. 18—22—25 Mark.

Mehl ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 30,50—31,50 Mark, Roggen fein 26,50—27,50 Mark, Hausbacken 25,50—26,50 Mark, Roggen-Futtermehl 10,90—11,80 Mark, Weizenkleie 10,20—10,70 Mark.

Heu 2,50—2,80 Mark pr. 50 Kilogr.

Roggenstroh 19,00—22,00 Mark pr. Schock à 600 Kilogr.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

März 2., 3.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme (C.)	+ 8°,0	+ 5°,3	+ 5°,3
Luftdruck bei 0° (mm)	741,6	742,4	740,7
Dunstdruck (mm)	3,3	3,4	3,8
Dunstsättigung (pCt.)	41	51	57
Wind	W. 4.	SW. 3.	SW. 3.
Wetter	heiter.	heiter.	wolkig.

Breslau, 3. März. [Wasserstand.] O.-P. 5 M. 48 Cm. U.-P. 1 M. 58 C. Eisgang.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Dresden, 2. März. Von der hiesigen russischen Colonie ist eine Loyalitätsadresse an den Kaiser Alexander in Veranlassung seines heutigen Regierungsjubiläums abgesendet worden. In der russischen Kirche fand ein feierliches Hochamt und Tedeum statt, dem eine Galatafel bei dem russischen Gesandten folgte.

Dresden, 3. März. Reichstagswahl in Glauchau und Meerane an Stelle des Socialdemokrat Brake. Von 15,000 abgegebenen Stimmen wurde der Socialdemokrat Auer (Hamburg) mit einer Mehrheit von ca. 1000 Stimmen gewählt.

Weimar, 2. März. Die Feier des Regierungsjubiläums des Kaisers Alexander wurde mit einem Tedeum in der russischen Kapelle und mit einem Galadiner beim Hofe festlich begangen.

Stuttgart, 2. März. Zur Feier des Regierungsjubiläums des Kaisers Alexander von Rußland fand heute in der russischen Schloßkapelle ein Tedeum statt. Zu der Abends bei Hofe stattfindenden Galatafel sind den Mitgliedern hier aufhältlicher angesehener russischer Familien Einladungen zugegangen.

Wien, 2. März. Abgeordnetenhaus. In Beantwortung verschiedener Interpellationen erklärte der Ministerpräsident, Graf Taaffe, daß dem Inslebentreten einer internationalen Sanitätscommission noch Schwierigkeiten entgegen ständen, da bei einzelnen Regierungen verschiedenartige Anschauungen über den Werth einer solchen Commission herrschten. Graf Taaffe theilte sodann unter dem Beifall des ganzen Hauses mit, daß der Kaiser unter dem 29. v. Mts. das Gesetz, betreffend die Maßregeln gegen die Rinderpest sanctionirt habe und fügte gleichzeitig hinzu, daß bereits in Ungarn Einleitungen getroffen seien, um die Grundsätze dieses Gesetzes auch in der ungarischen Gesetzgebung zur Geltung zu bringen.

Paris, 2. März. Senat. Berathung des Ferry'schen Gesetzentwurfs. Artikel 1, welcher dem Staate die Verleihung der akademischen Grade überträgt, wird angenommen. Ein Gegen-Amendement wird mit 172 gegen 103 Stimmen abgelehnt. Artikel 2 und 3, Unentgeltlichkeit der Einschreibungen in die Staatsfacultäten, wurde angenommen, ebenso die Artikel 4 bis 6. Die Berathung des Artikels 7, welcher die Ertheilung des öffentlichen Unterrichts allen vom Staate nicht autorisirten Congregationen untersagt, wird auf Donnerstag vertagt.

London, 2. März. Unterhaus. Bourke erklärte, nichts officiell davon gehört zu haben, daß die Unterhandlungen zwischen der Pforte und Griechenland abgebrochen sein. Er habe gehört, daß neue Vorschläge gemacht wurden, aber er habe deren Details nicht erfahren. — Northcote antwortete Otway, die am Sonnabend veröffentlichten Nachrichten aus Lahore, betreffs Afghanistan, sind unbegründet.

Kopenhagen, 2. März. Das Regierungsjubiläum des Kaisers Alexander wurde hier durch einen feierlichen Gottesdienst begangen, welchem auch der König und der Kronprinz beiwohnten.

Petersburg, 2. März. Früh 9 Uhr empfing der Kaiser die Glückwünsche seiner unmittelbaren, persönlichen Umgebung, um 10 Uhr die Mitglieder der kaiserlichen Familie. Nach der Morgenmusik am Paradeplatze fand im Fahnenzimmer Empfang der Offiziere der Suite, der Generaladjutanten, Generalmajors und Flügeladjutanten, um 11 Uhr des gesammten Offiziercorps, um 11½ Uhr im Weißen Saale des Reichsraths und anderer hoher Körperschaften und Würdenträger statt. Um 12 Uhr bewegte sich der feierliche Zug, wobei der Kaiser die Großfürstin Cesarewna führte, aus den inneren Gemächern durch die Säle zur Palaiskirche. Die Offiziercorps hatten sich im Nicolaisaale, die Kaufmannschaft im Feldmarschallsaale, alle in höchster Gala, die Damen in russischer Tracht, versammelt. Das gesammte diplomatische Corps mit den Damen erwartete den Kaiser im Thronsaale Peter des Großen, wo der Kaiser nach dem Tedeum Cercle hielt. Gegen 4000 Personen waren bei der äußerst glänzenden Cour anwesend. Gegen 3 Uhr wurde im Weißen Saale von mehr als 600 Zöglingen der hiesigen Fräuleinstifte eine vom Prinzen Peter von Oldenburg componirte Festcantate aufgeführt, woran sich die Nationalhymne und die Hymne „Langes Leben für den Czaren" anschloß. Der Kaiser war sehr bewegt und freudig gestimmt und unterhielt sich sehr huldvoll mit den Sängerinnen. Die Straßen waren den ganzen Tag trotz des wieder ungünstig werdenden Wetters von einer zahllosen Menschenmenge belebt. Bei der heutigen Parade waren sämmtliche hier anwesenden Truppen vertreten. Unmittelbar nach der Parade begann die Gala-Auffahrt der Gratulanten. Abends prangt die Stadt in überaus glänzender Illumination. Die Straßen sind von einer dicht gedrängten Volksmenge angefüllt. Die Ordnung wurde nirgends gestört. Außer den bereits gemeldeten Ordensverleihungen erhielt Makoff, Reichs-Controleur Solsky und Prinz Alexander von Hessen den Wladimir-Orden erster Klasse.

Petersburg, 2. März. Die Feier des Regierungsjubiläums ist bis jetzt ohne jeden Zwischenfall verlaufen, überall herrscht eine freudig erregte Stimmung. Große Menschenmassen durchziehen die Straßen in Erwartung der Illumination, welche glänzend zu werden verspricht; an verschiedenen Stellen sollen Militärmusikchöre spielen. Nirgends ist eine Störung oder Stockung im Verkehr wahrzunehmen. Im Börsensaale ist ebenfalls ein feierlicher Dankgottesdienst celebrirt worden. Abends findet im Theater Festvorstellung statt.

Belgrad, 2. März. Fürst Milan hat dem Kaiser Alexander telegraphisch seine Glückwünsche zum heutigen Tage ausgesprochen. Der hiesige russische Gesandte empfing zahlreiche Personen, welche ihre Glückwünsche zum Regierungsjubiläum des Kaisers von Rußland darbrachten. Vormittags fand ein feierliches Tedeum und darauf eine Truppenparade statt. Für den Abend ist seitens der Bürgerschaft ein Fackelzug und ein Banket im Bürgercasino in Aussicht genommen.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein. (In Vertretung: Karl Pröll.)
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.